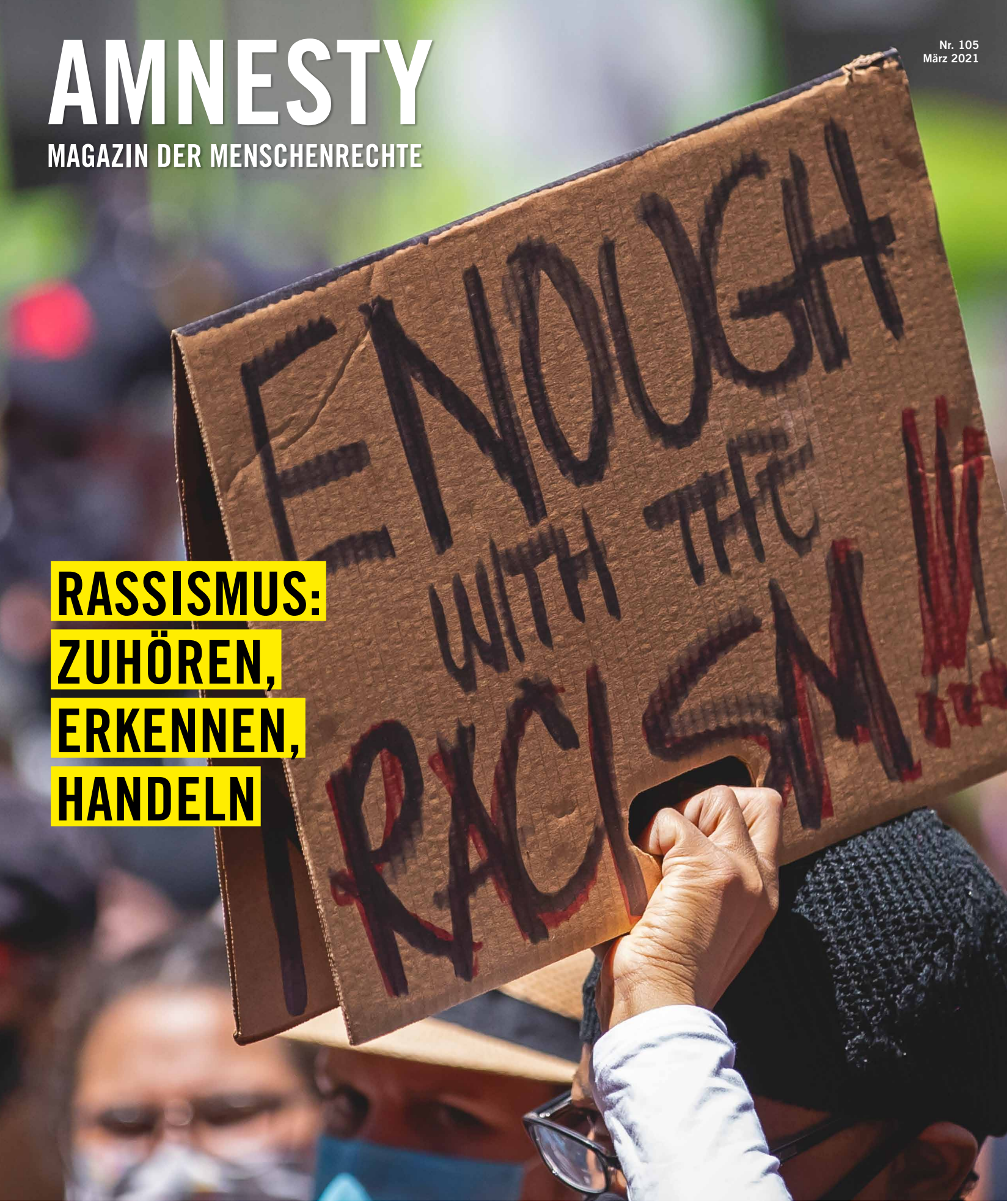
AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE

Nr. 105
März 2021



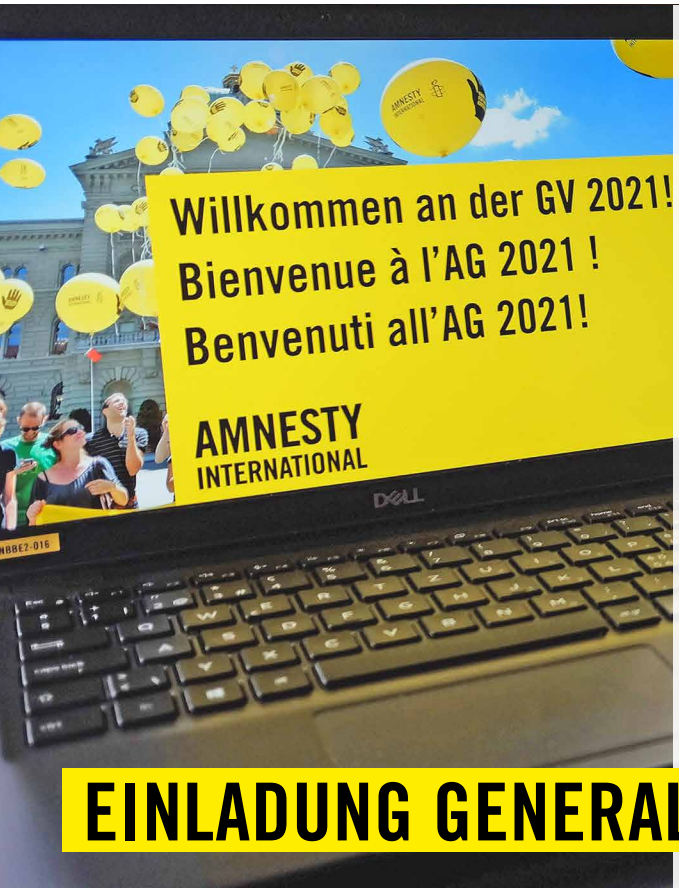
RASSISMUS: ZUHÖREN, ERKENNEN, HANDELN

IN ACTION
Guantánamo schliessen!

KENIA
Verschwundene Stimmen

50 JAHRE FRAUENSTIMMRECHT
Eine moralische Debatte

AMNESTY INTERNATIONAL



Die Generalversammlung findet am Abend des 10. Mai 2021 virtuell statt.

Anmeldung: bis am 31. März 2021 unter amnesty.ch/gv

Motionen, Postulate und Resolutionen bis am 15. März 2021 an gv@amnesty.ch

Wir laden herzlich zur virtuellen Generalversammlung 2021 ein! Sie bietet die ideale Gelegenheit, mitzubestimmen und die Zukunft von Amnesty International mitzugestalten. Stimmberechtigt sind alle, die bis spätestens 10. Januar 2021 Mitglied von Amnesty Schweiz geworden sind.
Sie können den Kurs unserer Sektion auch mit einer Motion, einem Postulat oder einer Resolution mitbestimmen. Alle Informationen zu den Bedingungen finden Sie unter amnesty.ch/gv. Im Vorfeld zur GV werden wir an Online-Veranstaltungen gemeinsam über die eingereichten Motionen und Postulate diskutieren. Für alle unter 26 Jahren findet das virtuelle Youth Meeting am Mittwochabend, 5. Mai 2021, statt. Engagierte junge Menschen haben dort die Möglichkeit, sich über Amnesty auszutauschen und die GV gemeinsam vorzubereiten.
Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung!

EINLADUNG GENERALVERSAMMLUNG 2021

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig, ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

WEITERE NACHHALTIGE UND FAIRE PRODUKTE AUF SHOP.AMNESTY.CH

NECESSAIRE

Aus alten, ungebrauchten Postsäcken hergestellt. Handgefertigt in der Schweiz.

Gross (22 x 15 x 8 cm):
Art. 2200.084.G / Fr. 55.–

Klein (19 x 12 x 6 cm):
Art. 2200.084.K / Fr. 47.–

SIGG-FLASCHE IN AQUABLAU

Klassische Sigg-Flasche aus Aluminium (0,6 Liter). Aquablaue Mattlackierung mit griffiger Oberfläche.

Art. 2300.021.A / Fr. 25.–
Andere Farben unter shop.amnesty.ch erhältlich.

ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: Strasse:

Ort: E-Mail:

Tel.: Unterschrift:

Mitgliedernummer/Kundennummer (wenn bekannt):

Bestellungen an:
Amnesty International, Postfach, 3001 Bern oder auf shop.amnesty.ch

Titelbild
Schild mit dem Text «Genug mit dem Rassismus» während des Black Womxn's Empowerment March in New York, 12. Juni 2020.
© Ira L. Black/Corbis via Getty Images

AKTUELL

4 **Good News**

6 **Aktuell im Bild**

7 **Nachrichten**

9 **Brennpunkt**
Kein Tag ohne Protest

DOSSIER

Rassismus:
Zuhören, erkennen, handeln

10 **Gegen Rassismus: Es braucht uns alle**

12 **«Black Lives Matter hat den Kampf neu belebt»**
Zwei Expert*innen über veränderte Formen des Rassismus, die aktuelle Bewegung und Forderungen für mehr Gerechtigkeit.

15 **Weiterlesen**
Literatur und mehr zum Thema Rassismus.

16 **Hört uns zu**
Vier engagierte Menschen erzählen, wie sie Rassismus in der Schweiz erleben und was sie sich wünschen.

20 **Ich, wir und die anderen**
Die Sozialpsychologie hat Antworten auf die Frage, wie Rassismus in unseren Köpfen entsteht und welche Formen er heute annimmt.

THEMA

22 Flüchtlinge
Neuer Weg nach Europa

Der Weg über den Atlantik ist der gefährlichste.

26 Kenia
Verdächtigt, verschwunden, verscharrt

28 Schweiz
«Als ob es einen richtigen Zeitpunkt geben würde»

KULTUR

30 Buch
«Die Hoffnungslosigkeit zu Hause war schlimmer»

32 Film
Schmerzvolle Erinnerungen

33 Buch
Der Lachs, der Wald, der Tod

34 Film
Europas Evangelium

CARTE BLANCHE

35 **Petra Volpe**
Von Mensch zu Mensch

IN ACTION

37 Das Jahr der Frauenrechte
Den Appell weitertragen

Ausserdem: Guantánamo schliessen – Appell an Präsident Joe Biden.

Impressum: «AMNESTY», Magazin der Menschenrechte, Nr. 105, März 2021. **Redaktion:** Carole Scheidegger (cas.), Manuela Reimann Graf (mre). **Mitarbeiter*innen dieser Nummer:** Boris Bögli, Lars Bünger, Fabienne Engler, Chiara Horber, Jonathan Hoppler, Cyrielle Huguenot, Julie Jeannet, Jürgen Kiontke, Emilie Mathys, Bettina Rühl, Jojo Schulmeister, Sebastian Sele, Petra Volpe, Pascal Wagner-Egger. **Korrektorat:** Doris Yannick Héritier, Bern. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle überwiegend aus nachwachsenden Rohstoffabfällen hergestellt. **Die Mitgliederzeitschrift «AMNESTY»** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als E-Paper unter issuu.com/magazin-amnesty-schweiz gelesen werden. **Redaktionsschluss der nächsten Nummer:** 23. April 2021. **Distribution:** «AMNESTY, Magazin der Menschenrechte» erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8). **Redaktionsadresse:** Magazin **«AMNESTY»,** Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel.: 031 307 22 22, E-Mail: info@amnesty.ch. **Auflage:** 85000 (dt.).

«I can't breathe», ich bekomme keine Luft: Diese letzten Worte von George Floyd werde ich nie mehr vergessen. Sein Tod empörte Menschen auf der ganzen Welt. Es wurde sichtbar, wie akut Rassismus noch immer ist, nicht nur in den USA, sondern auch bei uns. Ein knappes Jahr später berichten in diesem Magazin Menschen aus der antirassistischen Bewegung, was sich mit Black Lives Matter verändert hat – und was nicht. Bei der Arbeit an diesem Heft wurde sehr deutlich, wie wichtig Zuhören ist, damit wir rassistische Strukturen auf allen Ebenen überwinden können. Nur wenn ich zuhöre, kann ich die Erfahrungen anderer Menschen verstehen und selbst aktiv werden gegen Rassismus und Diskriminierung.

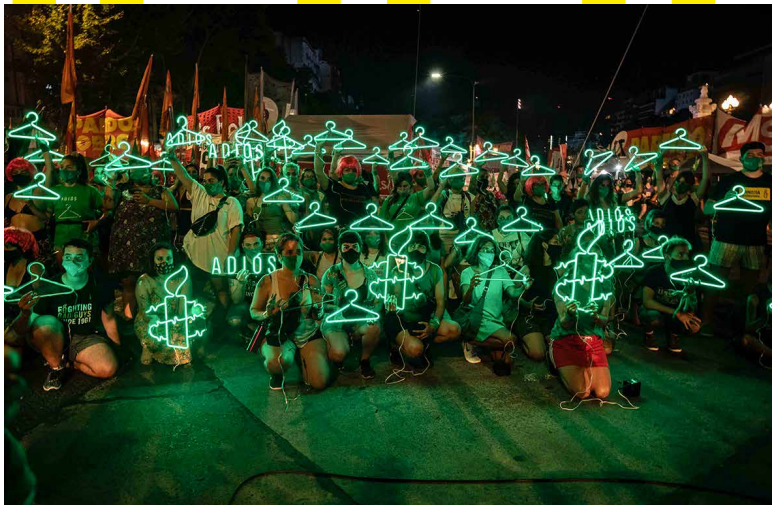
Unser Magazin wird sprachlich ein Stück inklusiver. Mehr darüber lesen Sie auf Seite 8.

In der Rubrik «In Action» ab Seite 37 erfahren Sie, welche Themen bei Amnesty Schweiz aktuell im Vordergrund stehen und was Sie tun können: zum Beispiel die Petition unterzeichnen, mit der wir von US-Präsident Biden die Schliessung des Gefangenenlagers Guantánamo fordern.

Zum Schluss ein Ausblick auf die nächste Ausgabe: Amnesty International wird 60 Jahre alt! Haben Sie eine spannende Amnesty-Geschichte zu erzählen? Bitte kontaktieren Sie uns!

Carole Scheidegger, verantwortliche Redaktorin

Kontakt: redaktion@amnesty.ch, Tel. 031 307 22 22
Redaktion «AMNESTY», Amnesty International,
Schweizer Sektion, Postfach, 3001 Bern



© Tomás Ramírez Labrousse / AI

Tausende Unterstützer*innen des Gesetzes, darunter viele Amnesty-Aktivistinnen, feierten nach der Abstimmung im Kongress ein spontanes Strassenfest.

Historisches Gesetz

ARGENTINIEN – Der argentinische Senat hat Ende Dezember der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zugestimmt, eine Woche nach dem Unterhaus. Schwangerschaften können nun bis zur 14. Woche straffrei beendet werden. Schwangerschaftsabbrüche waren seit Anfang der 1920er-Jahre verboten und wurden mit Gefängnis bestraft. Ausnahmen waren nur nach Vergewaltigungen zulässig oder wenn das Leben der Mutter in Gefahr war. «Es ist ein Sieg für alle, die sich jahrelang für dieses Anliegen eingesetzt haben», sagte Mariela Belski von Amnesty Argentinien. «Legale Schwangerschaftsabbrüche sind ein wichtiger Bestandteil der reproduktiven Rechte.»

© Amnesty International

Endlich erhält José Adrián eine Entschädigung für die schwere Misshandlung durch die Polizei.

José Adrián erhält Entschädigung

MEXIKO – Erinnern Sie sich an José Adrián, für den wir uns im Briefmarathon 2019 eingesetzt hatten? Der jugendliche Maya wurde 2016 von der Polizei misshandelt, als er zufällig bei einer Schlägerei vorbeikam. Seine Eltern mussten danach eine Geldstrafe zahlen, die sie sich nicht leisten konnten, und die Kosten für die Reparatur des Polizeiautos übernehmen. Nach dem Übergriff musste José Adrián die Schule für ein Jahr unterbrechen. Im Januar wurde José Adriáns Wiedergutmachung nun offiziell vom Staat genehmigt.

David gegen Goliath

NIGERIA – Seit Jahrzehnten leiden Millionen von Menschen im Nigerdelta unter den Folgen von

NEWS

grossflächig ausgelaufenem Shell-Öl, das die Felder und Fischteiche unbrauchbar gemacht hat und die Gesundheit der Anwohner*innen belastet – und es tritt immer noch neues Öl aus. Vier Bauern und Milieudefensie/Friends of the Earth Niederlande hatten 2008 geklagt und erhielten Ende Januar 2021 Recht: Das Berufungsgericht in Den Haag entschied in den meisten Punkten zugunsten der Kläger: Der Konzern mit Sitz in Den Haag habe die Sorgfaltspflicht verletzt, und die Dorfbevölkerung muss für den entstandenen Schaden entschädigt werden. Shell muss künftig sicherstellen, dass alte Ölleitungen mit Sensoren zur Entdeckung von Lecks ausgerüstet werden.

«Stansted 15» freigesprochen

GROSSBRITANNIEN – 15 Aktivist*innen hatten 2017 friedlich versucht, die Ausschaffung von 60 Menschen am Flughafen Stansted zu verhindern. Ursprünglich waren sie wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt, vier Monate später wurde dies in «Gefährdung der Sicherheit auf Flugplätzen» geändert – eine schwere terrorismusbezogene Anklage, die als Höchststrafe eine lebenslange Haftstrafe vorsieht. Im Februar 2019 wurden drei der Gruppe zu Gefängnis auf Bewährung verurteilt, die anderen 12 erhielten gemeinnützige Auflagen. Die «Stansted 15» legten im November vergangenen Jahres Berufung ein. Am 29. Januar 2021 entschied das Berufungsgericht, dass die Urteile nichtig seien. Alle 15 wurden freigesprochen.

© KEYSTONE/Marcel Bieri

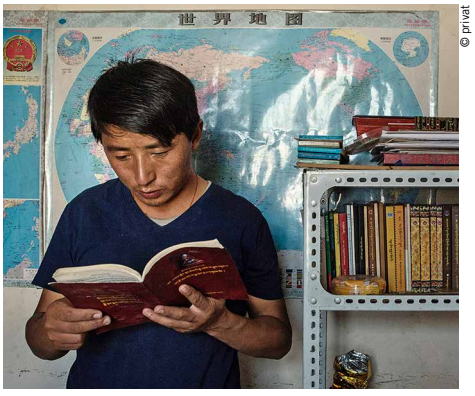
Aktion «Gleiche Liebe – gleiche Rechte!» des nationalen Komitees Ehe für alle vom 14. Oktober 2020 in Bern.

Endlich Ehe für alle

SCHWEIZ – Mit den historischen Entscheiden des Nationalrats im Juni und des Ständerats Anfang Dezember 2020 wird die Ehe für alle nun endlich auch in der Schweiz Realität – Jahre später als in vielen anderen Ländern Europas. Vor fast genau sieben Jahren hatte Nationalrätin Kathrin Bertschy mit einer parlamentarischen Initiative die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare gefordert. Möglicherweise wird der Parlamentsentscheid noch eine Referendumsabstimmung zu bestehen haben; Meinungsumfragen lassen ein deutliches Volksmehr für die Ehe für alle erwarten.

Verteidiger der tibetischen Sprache frei

CHINA – Tashi Wangchuk war 2016 festgenommen worden, nachdem er sich in einem Video der «New York Times» für die tibetische Sprache eingesetzte hatte. Er hatte gefordert, dass in tibetischen Schulen mehr in tibetischer Sprache gelehrt werde. Chinesisch ist in Tibet zunehmend zur vorherrschenden Unterrichtssprache geworden. Am 22. Mai 2018 wurde er wegen «Anstiftung zum Separatismus» zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Ende Januar wurde er nun nach Beendigung seiner Haftstrafe aus dem Gefängnis entlassen.



© privat

War wegen «Anstiftung zum Separatismus» in Haft und kam endlich frei: Der Tibeter Tashi Wangchuk.

IN KÜRZE

ÄGYPTEN – Am 3. Dezember 2020 wurden drei Vertreter der Menschenrechtsorganisation Egyptian Initiative for Personal Rights (EIPR), Gasser Abdel-Razek, Karim Ennarah und Mohamed Basheer, dank internationalem Druck auf Kaution freigelassen. Sie waren nach einem Treffen mit Diplomat*innen, darunter dem Schweizer Botschafter Paul Garnier, verhaftet worden. Die EIPR ist eine der angesehensten unabhängigen Menschenrechtsorganisationen in Ägypten und war nicht das erste Mal Ziel staatlicher Repression.

NIGERIA – Yahaya Sharif-Aminus Fall wird erneut verhandelt werden. Das Berufungsgremium anerkannte, dass er während seines gesamten Prozesses keine anwaltschaftliche Vertretung hatte. Yahaya wurde im August 2020 wegen Blasphemie zum Tode durch den Strang verurteilt, weil er ein Lied in Umlauf gebracht hatte, das angeblich abfällige Kommentare gegen den Propheten Mohammed enthielt.

JAPAN/MYANMAR – Der japanische Brauerei-Riese Kirin hat Ende Januar ein sechs Jahre altes Joint Venture mit einer Holdinggesellschaft in Myanmar beendet, die mit dem Militär des Landes verbunden ist. Im Bericht «Military Ltd.» vom September 2020 hatte Amnesty aufgezeigt, wie internationale Unternehmen, darunter Kirin, in die Finanzierung von Myanmars Militäreinheiten verstrickt sind.

© Myat Thu Kyaw/NurPhoto via Getty Images

MYANMAR – Mit lauten Schlägen auf Töpfe und Pfannen protestierten die Bürger*innen Myanmars gegen die Machtübernahme des Militärs vom 3. Februar. Jeden Abend um 20 Uhr, genau mit Beginn der von der Junta verhängten Ausgangssperre, ging der Lärm los. Indem die Menschen auf Balkonen oder am Fenster auf die Töpfe schlugen, verstiessen sie nicht gegen das Ausgehverbot. Im Internet wurde passend dazu mit dem Slogan «Soup not Coup» (Suppe statt Putsch) ein «einfaches Rezept für die Demokratiesuppe in drei Schritten» veröffentlicht: «Topf mit dem Willen des Volkes füllen, fest draufhauen, überschüssiges Militär abgiessen, fertig.» #SoupNotCoup

© Ajdin Kamber / shutterstock

Hungrig, frierend, ohne Hoffnung: Migranten stehen im Lager Lipa bei Bihać für Essen an.

Humanitäre Hilfe sofort!

BOSNIEN-HERZEGOWINA – Nach wie vor harren etwa 2500 Migrant*innen und Asylsuchende in Bosnien-Herzegowina im Freien aus; sie verbrachten den Winter in eisiger Kälte. Darunter sind auch 900 Menschen, die im behelfsmässigen Lager in Lipa in Bihać untergebracht sind. Die bosnischen Behörden stellen ihnen keine angemessene Unterkunft zur Verfügung, und die EU-Agenturen setzen auch weiterhin nur auf kurzfristige Lösungen. Menschenrechtsorganisationen – darunter Amnesty International – rufen angesichts der akuten Notlage zu sofortiger humanitärer Hilfe auf. Die Organisationen fordern ausserdem dauerhafte institutionelle Lösungen zur Unterstützung der Menschen auf der Durchreise.

Neue Generalsekretärin

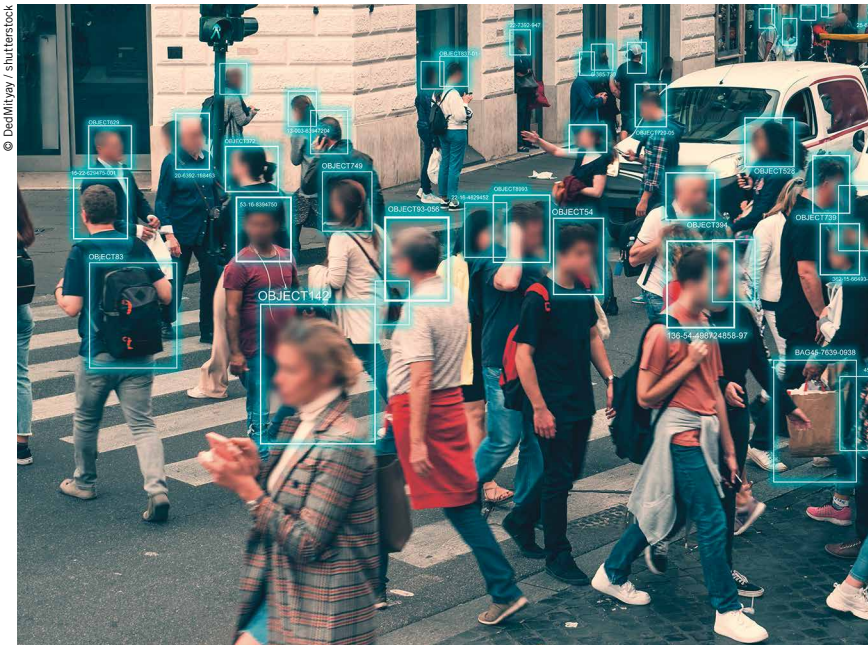
AMNESTY INTERNATIONAL – Agnès Callamard ist zur neuen Generalsekretärin von Amnesty International ernannt worden. Sie wird das Amt am 29. März 2021 antreten und ihr Büro in London haben. Die Französin war während ihrer bisherigen Karriere im Bereich der Menschenrechte und der humanitären Hilfe in verschiedenen NGOs, in der Wissenschaft und bei den Vereinten Nationen tätig. Seit 2013 leitete sie als Direktorin das Projekt Global Freedom of Expression an der Columbia University in New York City. Ab 2016 fungierte Agnès Callamard auch als Sonderberichterstatterin für aussergerichtliche, standrechtliche oder willkürliche Hinrichtungen im Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte. Von 1995 bis 2001 hat sie bei Amnesty gearbeitet und Menschenrechtsuntersuchungen in mehr als 30 Ländern geleitet.

Neuer EGMR-Richter für die Schweiz

SCHWEIZ – Andreas Zünd ist als Richter an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gewählt worden. Der Aargauer übernimmt die Nachfolge von Helen Keller. Andreas Zünd ist seit 17 Jahren am Bundesgericht in Lausanne tätig und war davor Oberrichter in Aarau. Die Wahl der neuen Schweizer Richterin oder des neuen Schweizer Richters war für den Sommer 2020 geplant gewesen, verzögerte sich aber coronabedingt. Der EGMR setzt sich aus einer Richterin oder einem Richter aus jedem der 47 Mitgliedstaaten zusammen.

Gesichtserkennungssysteme verstossen gegen Menschenrechte

ÜBERWACHUNG – Gesichtserkennungssysteme verstossen gegen das Recht auf Privatsphäre und bedrohen die Rechte auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäusserung. Für die Entwicklung von Gesichtserkennungstechnologie werden unter anderem Millionen Bilder ohne die Einwilligung der Betroffenen aus Social-Media-Profilen und Ausweisdokumenten zusammengetragen. Amnesty International fordert ein Verbot von Gesichtserkennungstechnik, wo diese zum Zweck der Massenüberwachung durch die Polizei oder andere staatliche Stellen eingesetzt werden soll. Diese Technologie leistet ausserdem systemischem Rassismus Vorschub, da People of Color häufig am stärksten von ihrem Einsatz betroffen sind. Schwarze Menschen laufen darüber hinaus am stärksten Gefahr, von Gesichtserkennungssystemen falsch identifiziert zu werden.



© DedMityay / shutterstock

Überwachungskameras: Gesichtsmerkmale können analysiert und mit Bildern in Datenbanken abgeglichen werden.

© wikimedia commons /manalaa.net

Alaa Abdel Fattah und sein ebenfalls festgenommener Anwalt wurden im Gefängnis misshandelt.

Folter in Haft

ÄGYPTEN – Politische Gefangene wie Alaa Abdel Fattah sind im Gefängnis Folter und unmenschlichen Haftbedingungen ausgesetzt, auch wird vielen überlebenswichtige medizinische Versorgung verweigert. Ein neuer Amnesty-Bericht zeigt auf, dass die Gefängnisbehörden beim Schutz von Häftlingen vor Covid-19 versagt haben und Gefangene aus sozio-ökonomisch benachteiligten Verhältnissen regelmässig diskriminieren. Amnesty International erhob schwere Foltervorwürfe gegen die ägyptischen Sicherheitskräfte. Es liegen Beweise vor, dass Gefängnisbehörden bestimmte Gefangene wie Alaa Abdel Fattah ins Visier nehmen, um sie für ihre Kritik an der Regierung zu bestrafen. Alaas Mutter Laila Soueif, die wir im Magazin vom Dezember 2018 porträtiert hatten, protestierte mit ihren Töchtern gegen die Haftbedingungen und wurde dabei verprügelt. Alaas Schwester wurde festgenommen und vor Gericht gestellt, weil sie «fälschlicherweise» behauptet habe, Covid-19 würde sich in Gefängnissen verbreiten.

Zuhause gefangen

SÜDLICHES AFRIKA – Für viele Frauen und Mädchen in Ländern des südlichen Afrikas wurde das eigene Zuhause während des Corona-Lockdowns zu einem Ort der Angst, Gewalt und Vergewaltigung. Aufgrund der Ausgangssperren konnten sie nicht vor gewalttätigen Partnern fliehen und Schutz suchen. Die Recherchen von Amnesty zeigen auch, dass Frauen und Mädchen gesellschaftliche Ausgrenzung riskieren, wenn sie die Gewalt melden, weil sie damit aus ihrer traditionellen Geschlechterrolle ausbrechen. Und wenn sie ihre Stimme dennoch erheben, werden ihre Beschwerden von den Behörden oft nicht ernst genommen.

IN EIGENER SACHE

EIN NEUER STERN

Als Menschenrechtsorganisation, die sich gegen Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung und Ausgrenzung engagiert, ist uns eine gendersensible und diskriminierungsfreie Kommunikation ein Anliegen. So haben wir vor Jahren mit der Verwendung des Binnen-I eine frauengerechtere Sprache eingeführt. Diese binäre Definition von Geschlecht schliesst allerdings Menschen aus.

Mit dieser Ausgabe des Magazins führen wir deshalb das Gender-Sternchen (Asterisk) ein: Es soll Platz schaffen für alle, deren Geschlechtsidentität über das binäre Konstrukt von Mann und Frau hinausgeht.

Diskriminierungsfreie, inklusive Sprache beschränkt sich aber nicht auf Geschlechter. Wir möchten in unserer Kommunikation alle Menschen unabhängig von beispielsweise Herkunft, Hautfarbe, Behinderung, sexueller Orientierung einbeziehen.
Eine diskriminierungsfreie, non-binäre Sprache ist ein Anspruch, den umzusetzen Zeit und Erfahrung braucht. Wir werden bestimmt auch künftig noch dazulernen müssen und sind froh um Hinweise. Schreiben Sie uns: redaktion@amnesty.ch

JETZT ONLINE

Amnesty-Kurse – Bis Ende Mai 2021 kann Amnesty Schweiz coronabedingt keine Menschenrechts-Kurse und Workshops im Präsenzmodus durchführen. Aber es gibt Ersatz! Das ganze spannende Online-Angebot finden Sie auf unserer Website.

Amnesty-Talks – Hören Sie rein in unseren Podcast auf Spotify. Jeden Monat führen wir mit Expert*innen und Betroffenen Gespräche über aktuelle Menschenrechtsthemen. So wurde in den letzten Episoden Bilanz gezogen über die Entwicklung der Menschenrechtssituation unter der Trump-Administration und darüber diskutiert, was ein Burka-Verbot in der Schweiz bedeuten würde.

Jetzt online unter www.amnesty.ch/magazin-maerz21

KEIN TAG OHNE PROTEST

© AFP via Getty Images

In den Farben der ehemaligen weiss-rot-weissen Flagge von Belarus protestieren Frauen gegen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2020.

Mehr als 40 000 Tage oder 110 Jahre – so lange sitzen alle politischen Gefangenen in Belarus zusammengezählt schon im Gefängnis. Die Zahl der politischen Häftlinge explodierte im Jahr 2020. Aktuell liegt sie bei circa 250 politischen Langzeit-Gefangenen.

Seit den umstrittenen und mutmasslich gefälschten Präsidentschaftswahlen im Sommer 2020 hat eine massive Welle der politischen Repression Belarus erfasst. Alexander Lukaschenko will auch nach fast 27 Jahren nicht von der Macht lassen. Sein Sicherheitsapparat geht erbarmungslos gegen die friedlichen Proteste vor. Mehr als 33 000 Menschen wurden allein im Jahr 2020 willkürlich festgenommen. Das belarussische Menschenrechtszentrum Viasna hat mehr als 1000 Fälle staatlicher Folter dokumentiert.

Die Bilder der Misshandelten sind kaum zu ertragen und zeigen Körper mit Blutergüssen, Wunden, Schwellungen und Knochenbrüchen.

Die bis heute andauernden Proteste haben das gesamte Land, alle Gesellschaftsschichten und Generationen erfasst. Rentner*innen, Menschen mit Behinderung, Studierende, Ärzt*innen oder Arbeiter*innen – sie alle organisieren regelmässig Demonstrationen und Streiks. Nach den Grosskundgebungen der ersten Monate hat sich die Form der organisierten Proteste im Winter 2020 verändert. Um den Sicherheitskräften Verhaftungen zu erschweren, treffen sich die Menschen nun zu Hunderten in ihren Quartieren zu Protest-Spaziergängen statt zu einer Grosskundgebung. Es vergeht in Belarus kein Tag, ohne dass an unzähligen Orten im ganzen Land gegen das Lukaschenko-Regime demonstriert wird.

All das begann im vergangenen Sommer, als Zehntausende zu den Wahlveranstaltungen der oppositionellen Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja strömten, die sich mit Weronika Zepkalo und Maria Kolesnikowa verbündet hatte. Diese drei Frauen wurden quasi über Nacht zu Hoffnungsträgerinnen für ein Ende der Diktatur und einen demokratischen Neuanfang. Die kilometerlangen Schlangen vor den Wahllokalen machten den Wunsch nach Veränderung für alle Welt sichtbar. Das Lukaschenko-Regime holte umgehend zum gewaltsamen Gegenschlag aus. Zepkalo hatte bereits kurz vor den Wahlen das Land verlassen müssen, Tichanowskaja wurde kurz danach ins Exil nach Litauen gezwungen. Kolesnikowa widersetzte sich Anfang September ihrer zwangsweisen Ausschaffung und zerriss ihren Pass an der Grenze zur Ukraine. Seitdem ist sie als eine der politischen Gefangenen inhaftiert.

Bereits einen Tag nach der Verhaftung von Maria Kolesnikowa hatte sich Claudia Roth, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, dazu bereit erklärt, eine Gefangenen-Patenschaft für Kolesnikowa zu übernehmen. Wie sie haben bereits über 170 Abgeordnete aus 13 Ländern Patenschaften für politische Gefangene in Belarus übernommen, um deren Freilassung zu fordern. Unter dem Motto #WeStandBYyou machen die Abgeordneten darauf aufmerksam, das hinter jeder Gefangenenstatistik einzelne Schicksale stehen, einzelne Menschen mit all ihren Hoffnungen und Ängsten, ihren Familien und Freund*innen – und mit dem Wunsch nach Freiheit und Achtung der Menschenrechte in einem demokratischen Belarus.

Lars Bünger, Präsident der Menschenrechtsorganisation Libereco

Auf www.libereco.org finden Sie mehr Informationen zu den Gefangenen-Patenschaften sowie eine Postkarten-Aktion für die politischen Gefangenen.

Berichte zur Lage in Belarus von Amnesty International finden Sie auf www.amnesty.ch.

© Reuters/Caitlin Ochs

Gegen Rassismus: Es braucht uns alle

2020 war ein Wendepunkt: Mit der Ermordung von George Floyd in den USA und dem Erstarken der Bewegung Black Lives Matter rückte der Rassismus weltweit ins öffentliche Bewusstsein. Welche Formen er heute annimmt und wie sich strukturelle Diskriminierung auch in der Schweiz auswirkt, ist Thema dieses Dossiers. Das Engagement gegen Rassismus braucht uns alle.

«Black Lives Matter hat den Kampf neu belebt»

Wie sich Rassismus verändert hat und was Black Lives Matter bewirkt, diskutieren Pap Ndiaye und Rokhaya Diallo mit uns. Die beiden Expert*innen der antirassistischen Bewegung sprechen über Ungleichheiten in der Pandemie, umstrittene Statuen und Ideen für eine gerechtere Zukunft.

Interview: Julie Jeannet

▸ **AMNESTY:** Während der Kolonialzeit stützte sich der Rassismus auf angeblich biologische Argumente. Heute ist dieser Rassismus durch den sogenannten kulturellen oder religiösen Rassismus ersetzt worden. Können Sie dies erklären?

◂ **Pap Ndiaye:** Die Verschiebung von biologischen zu kulturellen Argumenten fand Mitte des 20. Jahrhunderts statt, beeinflusst von zwei historischen Ereignissen: einerseits dem Zerfall des Nationalsozialismus, dessen auf biologischem Rassismus basierende Ideologie in einem Genozid endete, andererseits dem Ende der Kolonialreiche in den 1950er-Jahren, als sich die Idee einer universellen Menschlichkeit durchgesetzt hat. Der biologische Rassismus, der im 19. und frühen 20. Jahrhundert so mächtig gewesen war, wich dem heute dominanten «kulturellen» Rassismus.

◂ **Rokhaya Diallo**: Von einem moralischen Standpunkt aus gesehen, wurde es immer schwieriger, sich auf eine Hierarchie angeblicher «Rassen» zu berufen. Es hat eine semantische Verschiebung stattgefunden: Der heutige Rassismus beruft sich auf die Kultur und die Idee der Zivilisation. Er ist im politischen Diskurs sehr präsent. Noch 2012 sagte Claude Guéant, ehemaliger französischer Innenminister, nicht alle Kulturen seien gleichwertig.

▸ Ist kultureller Rassismus schwieriger zu bekämpfen?

◂ **Pap Ndiaye:** Ja, weil er akzeptabler zu sein scheint beziehungsweise von vielen Menschen gar nicht als Rassismus erkannt wird. Tatsächlich geben in Umfragen nur wenige Menschen zu, rassistisch zu sein. Dieser zeitgenössische Rassismus richtet sich heute gegen verschiedene Gruppen, insbesondere auch Muslim*innen. Seine Tarnung macht es besonders schwierig, ihn zu bekämpfen.

▸ In Frankreich hat die Nationalversammlung beschlossen, das Wort «Rasse» aus der Verfassung zu streichen.

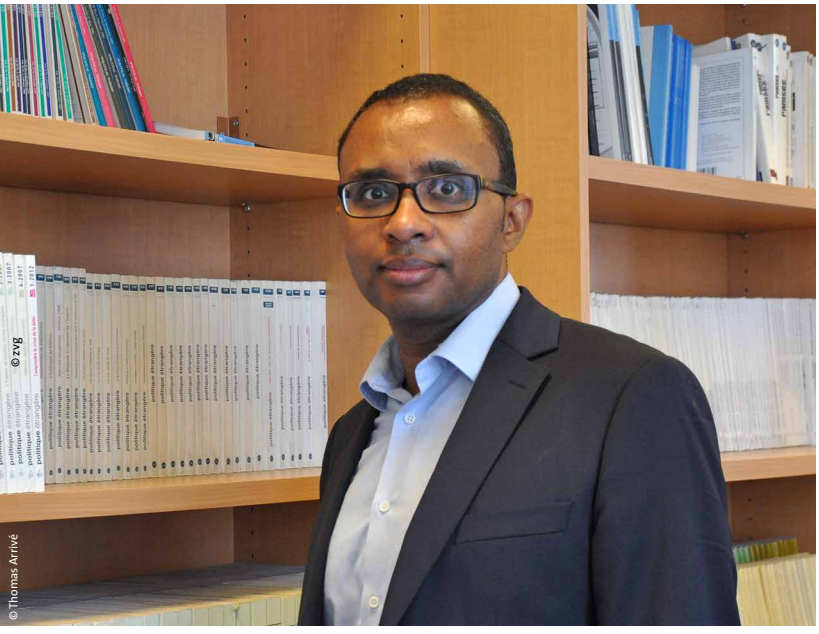
◂ **Rokhaya Diallo:** Die Idee von biologischen Menschenrassen wurde dekonstruiert. Es gibt nur eine menschliche Rasse. 1958 kam der Begriff in die Verfassung, um eine unterschiedliche Behandlung auf der Grundlage vermeintlicher Rassen zu verhindern. Mit der Streichung des Begriffs beseitigen wir Rassismus allerdings nicht. Ich befürchte, dass damit einfach die Untätigkeit kaschiert wird. Ohne Massnahmen zur Bekämpfung des systemischen Rassismus bringt es nichts.

▸ In den letzten Jahren verbreiteten sich diskriminierende Diskurse wieder – so durch Donald Trump, Jair Bolsonaro und weiteren Populisten.

◂ **Rokhaya Diallo:** Ich interpretiere die Wahlerfolge der rechten Regierungen als eine Reaktion der *weissen* Mittelschicht auf politische und soziale Fortschritte zugunsten von Minderheiten. Bolsonaros Aufstieg in Brasilien folgte auf wichtige politische Erfolge für Schwarze Minderheiten in den Nullerjahren. In den Vereinigten Staaten kam Trump ins Amt, nachdem ein Schwarzer Präsident, Barack Obama, acht Jahre regiert hatte.

Die Verbreitung rassistischer Sprache ist Ausdruck einer Angst. Ein Teil der Bevölkerung hat jahrelang aus seiner Vorherrschaft Kapital geschlagen und Minderheiten, insbesondere Schwarze, ausgebeutet. Wenn diese nun mehr Rechte erhalten, sehen das Privilegierte als Bedrohung.

◂ **Pap Ndiaye:** Diese rechten Anführer kultivieren Rassismus als politische Waffe. Sie tun dies natürlich auf verschlüsselte Art und Weise, indem sie bestimmte Wörter verwenden. Ihre Art zu politisieren hat rassistische Haltungen legitimiert und zu ihrer weltweiten Verbreitung beigetragen, insbesondere über die sozialen Medien. Trotzdem ist die Situation nicht ausweglos. Seit vier Jahren organisiert sich die Zivilgesell-



Pap Ndiaye ist Professor an der Sciences Po in Paris. Der Experte für die Geschichte von Minderheiten in den USA arbeitet derzeit an einer Weltgeschichte der bürgerlichen Rechte im 20. Jahrhundert.

Rokhaya Diallo ist Journalistin, Autorin und Regisseurin. Sie hat sich auf Gerechtigkeitsfragen zu Rassifizierung, Religion und Geschlecht spezialisiert und ist Initiatorin des Podcasts «Kiffe ta race». Ihre Kolumnen werden regelmässig in der «Washington Post» veröffentlicht.

schaft in den Vereinigten Staaten, um Rassismus zu bekämpfen. Die Bewegung Black Lives Matter war sehr sichtbar und hat zweifellos zu Trumps Niederlage bei den letzten Wahlen beigetragen.

▸ 2020 war ein wichtiges Jahr, was die Mobilisierung angeht, trotz Pandemie. Black Lives Matter (BLM) wurde zu einer globalen Bewegung. Ein Durchbruch?

◂ **Rokhaya Diallo:** Für mich ist es nicht wirklich ein Durchbruch. Die Bewegung entstand 2014 nach der Ermordung von Trayvon Martin, dessen Mörder freigesprochen wurde. BLM hat gezeigt, wie gewalttätig die gesellschaftliche Realität für Schwarze Menschen ist. Die Welt wurde zu spät auf die Bewegung aufmerksam. Seit Jahren prangern Menschen Polizeigewalt an, ohne dass man ihnen glaubt…

◂ **Pap Ndiaye:** BLM ist gleichzeitig eine Fortsetzung und ein Wendepunkt. Seit mehr als einem Jahrhundert protestieren Schwarze in den USA gegen die Gewalt und den Rassismus der Polizei. Es ist eine lange Geschichte, die von wichtigen Bewegungen geprägt wurde. Zum Beispiel von den Black Panthers in den 1960er-Jahren, die sich organisierten, um die rassistische Polizei einzuschüchtern. BLM ist das jüngste Beispiel. Doch wie konnte der Mord an George Floyd eine so massive weltweite Protestwelle auslösen? Es gibt einen Punkt, an dem ein einziger Wassertropfen das Fass zum Überlaufen bringt. Der Mord an George Floyd erinnert mich an Emmett Till, einen Teenager, der 1955 in Mississippi gelyncht wurde. Er war nicht der erste, aber sein Tod war ein entscheidender Auslöser für die Bürgerrechtsbewegung. Was 2020 neu war, ist die Diversität der Demonstrationsteilnehmenden: Es gab eine grosse Beteiligung der *weissen* Bevölkerung. Das war ein Wendepunkt.

▸ Die Proteste veranlassten nicht nur die Amerikaner*innen, sich mit Polizeigewalt und institutionellem Rassismus auseinanderzusetzen…

◂ **Pap Ndiaye:** Die Demonstrationen weltweit unterstützen nicht nur die amerikanische Bewegung, sondern prangern auch den lokalen Rassismus an. Obwohl sich die Umstände unterscheiden, ist der Rassismus von Ordnungskräften überall präsent. In Genf haben an der Einwohnerzahl gemessen die grössten Demonstrationen Europas stattgefunden. Diese starke Protestbewegung richtet sich gegen eine ganze Bandbreite diskriminierender Verhaltensweisen in der Gesell-

© Amnesty International / Jarek Godlewski

«Black Lives Matter ist gleichzeitig eine Fortsetzung und ein Wendepunkt.» Demonstration in Berlin, Juni 2020.

schaft. So werden auch die Bereiche Kunst und Kultur infrage gestellt. Wir sehen heute eine allumfassende Bewegung, die vielleicht einen historischen Wandel markiert.

▸ Dank BLM überdenken bestimmte Länder, darunter die Schweiz, ihre koloniale Vergangenheit. Was sollte man mit Denkmälern für Persönlichkeiten tun, die am Sklavenhandel beteiligt waren?

◂ **Rokhaya Diallo:** Das Entfernen einer Statue löscht die Person nicht aus der Geschichte. Aber wir können die Statuen sehr wohl in Museen verbannen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden alle Statuen von Philippe Pétain entfernt, der im Ersten Weltkrieg als Held gegolten hatte, im Zweiten aber am Holocaust beteiligt war. Warum nicht auch die Statuen von Menschen, die sich am Sklavenhandel oder in Kolonialkriegen beteiligten? Sie verkörpern die Unterdrückung der Vorfahren eines wichtigen Teils der heutigen Bevölkerung. Anscheinend wird als unwichtig betrachtet, wie diese nationalen Symbole auf einen Teil der Bevölkerung wirken.

◂ **Pap Ndiaye:** Der Status quo ist aus meiner Sicht nicht mehr haltbar. Es gibt jedoch viele Alternativen, die sich nicht darauf beschränken, die Statue stehen zu lassen oder zu beseitigen. Eine Möglichkeit ist, an einer Tafel inhaltliche Erklärungen anzubringen.

▸ Die Covid-Pandemie hat die Ungleichheiten aufgezeigt, die es in unserer Gesellschaft gibt. Was können wir aus dieser Krise lernen?

◂ **Rokhaya Diallo:** Die Krise zeigt uns, wie wichtig es ist, sozioökonomische Kriterien beim Umgang mit einer Pandemie zu berücksichtigen. Wir sehen das zum Beispiel im Departement Seine-Saint-Denis in Frankreich, das eine erhöhte Sterblichkeitsrate hat. Hier lebt die jüngste, aber auch ärmste Bevölkerung Frankreichs, mit überdurchschnittlich vielen nicht-*weissen* Personen. Es sind Menschen, die während der Krise nie aufgehört haben zu arbeiten, sich nicht isolieren konnten und keinen Zugang zu guten Spitälern haben. Es müssen Massnahmen ergriffen werden, die den Zugang zur Gesundheitsversorgung für die ärmere Bevölkerung sicherstellen. Krisen müssen von den Institutionen antizipiert werden, um Ungleichheiten auszugleichen.

▸ Wie soll der Einsatz gegen Rassismus im Jahr 2021 weitergehen?

◂ **Pap Ndiaye:** Die BLM-Bewegung war ein Aufbruch. Natürlich können nicht ständig Demonstrationen stattfinden, aber das Mobilisierungspotenzial bleibt. Die Organisationen müssen einen Weg finden, dieses Potenzial zu nutzen, um den antirassistischen Kampf aufrechtzuerhalten. Jene, die nichts ändern wollen, werden versuchen, sich national abzugrenzen. Aber Rassismus kennt keine Ländergrenzen, er ist überall. |

Antirassistische Sprache

Einige Begriffe und ihre Schreibweise, die in diesem Dossier verwendet werden:

- **Schwarz:** Schwarz ist eine politisch gewählte Selbstbezeichnung, die eine von Rassismus betroffene gesellschaftliche Position beschreibt. Es ist somit kein Adjektiv und keine Hautfarbe und wird gross geschrieben.
- ***weiss:*** Wird kursiv geschrieben, um die Konstruktion des Begriffs hervorzuheben. Er bezeichnet keine biologische Eigenschaft, sondern eine politische und soziale Position, die mit Privilegien und Dominanz verbunden ist.
- **Person of Color, People of Color (PoC):** Menschen, die von Rassismus betroffen sind, bezeichnen sich selbst häufig als Person of Color (PoC). Im Deutschen gibt es derzeit keine Übersetzung für den Begriff PoC.
- **Kultureller Rassismus** versucht, eine Ungleichheit und Ungleichbehandlung mit angeblichen Unterschieden zwischen den »Kulturen« zu begründen.
- Bei **institutionellem oder auch strukturellem Rassismus** geht es um Rassismus in den Strukturen, Institutionen, Normen und Entscheidungsabläufen der Gesellschaft – unabhängig davon, ob er beabsichtigt ist oder nicht.
- **Rassifizierung:** Bezeichnet einen Prozess und eine Struktur, in denen Menschen nach rassistischen Merkmalen kategorisiert, stereotypisiert und hierarchisiert werden.

Weitere Informationen: amnesty.ch/rassismus

Quellen: neue deutsche medienmacher*innen, Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA), bla.sh.netzwerk, diversity-arts-culture.berlin et al.

Weiterlesen

Möchten Sie sich weiter mit Rassismus und Diskriminierung beschäftigen, sich mehr Wissen aneignen und vielleicht auch Ihren eigenen Vorurteilen und Handlungen nachspüren? Hier ein paar empfehlenswerte Bücher für Ihre Reise.

Alice Hasters
Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten
hanserblau-Verlag, 2019
208 Seiten

Wir müssen reden: Rassismus im Alltag

«Selten fühlen sich *weisse* Menschen so angegriffen, wie wenn man sie oder ihre Handlungen rassistisch nennt»: Alice Hasters hält in ihrem Buch *Weissen* den Spiegel vor, indem sie den Alltagsrassismus aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen aufzeigt und auch über den institutionalisierten und strukturellen Rassismus spricht. Dabei wird deutlich: Rassismus ist nicht nur ein Problem am rechten Rand der Gesellschaft.

Nicht rassistisch sein

Das Buch begleitet uns bei der Auseinandersetzung mit Rassismus und tut dies ohne erhobenen Zeigefinger. Vielmehr werden die Leser*innen auf eine rassismuskritische Reise mitgenommen, in deren Verlauf sie nicht nur konkretes Wissen über die Geschichte des Rassismus und dessen Wirkungsweisen erhalten, sondern auch Unterstützung in der emotionalen Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Autorin unterhält mit «Tupodcast» auch einen Podcast.

Podcast:
tupodcast.podigee.io

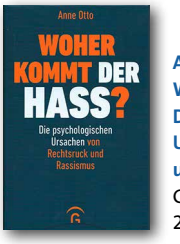
Tupoka Ogette
exit Racism – rassismuskritisch denken lernen
Unrast-Verlag, 2020
136 Seiten

Tangram

Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) publiziert einmal im Jahr das Bulletin TANGRAM, das über Untersuchungen und Analysen des Rassismus in der Schweiz berichtet. Jede Nummer befasst sich mit einem spezifischen Thema.

Kostenlos erhältlich auf der Webseite des EKR: www.ekr.admin.ch

Warum?



Anne Otto
Woher kommt der Hass? Die psychologischen Ursachen von Rechtsruck und Rassismus
Guetersloher Verlagshaus, 2019
270 Seiten

Anne Otto fragt nach den psychologischen Mechanismen, die dazu beitragen, dass Menschen nach Autoritäten verlangen und zu rechtsextremen und rassistischen Einstellungen gelangen. In ihrem Buch geht es zwar nicht zentral um Rassismus, und der Fokus liegt klar auf dem Erstarken rechter Bewegungen in Deutschland. Die leicht verständlich geschriebenen Artikel der Psychologin helfen aber zu verstehen, was Menschen auch hierzulande dazu führen kann, rechten und rechtsextremistischen Bewegungen zu folgen. Mit Tipps, wie man rechter Rede entgegenhalten und sich selbst zu verschiedenen Themen befragen kann.

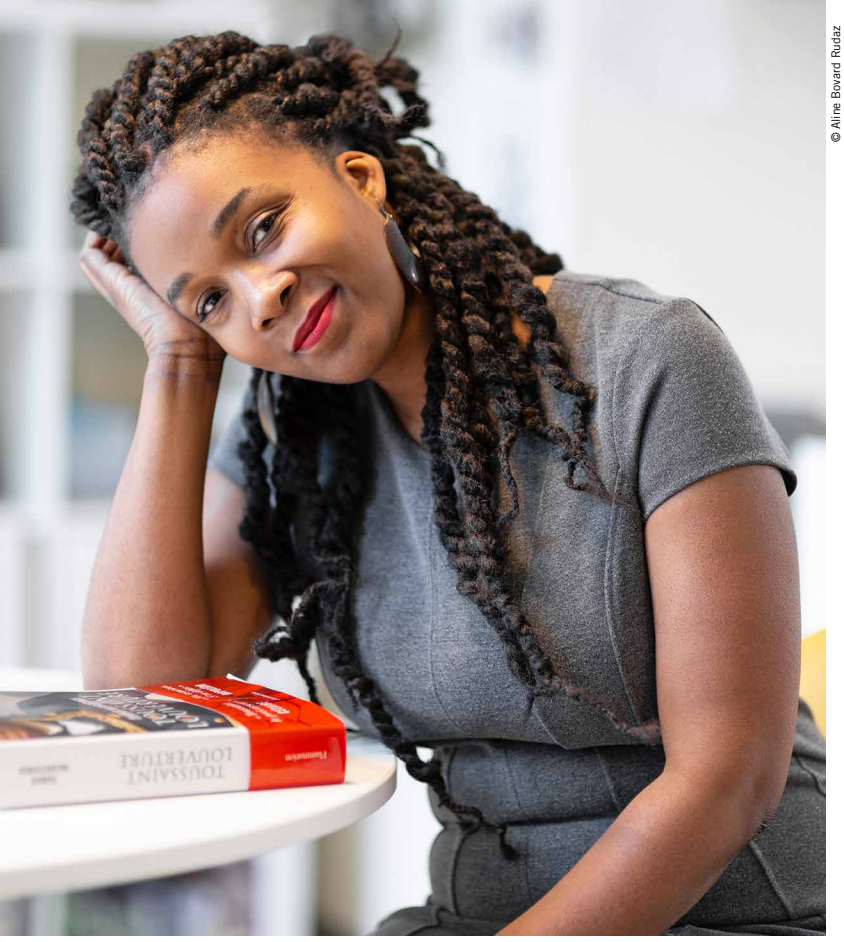
Carolin Emcke
Gegen den Hass
Fischer-Verlag, 2019
272 Seiten

Gegen Dogmatismus, für Vielstimmigkeit

Woher kommt es, dieses Denken, das Zweifel nur an den Positionen der anderen, aber nicht an den eigenen zulässt? Wie können Menschen sich so sicher sein, dass sie keine Schattierungen mehr erkennen? Dem Dogmatismus, der zu Hass führen kann, setzt die Autorin Carolin Emcke die Vielstimmigkeit, das Abweichende entgegen – denn es ist genau die Differenzierung, der genaue Blick, was Dogmatismus nicht aushält.

Weiterlernen

Weitere Informationen, Literatur und Texte finden Sie auch im Themenportal auf unserer Webseite: amnesty.ch/rassismus
Lesen Sie unter anderem Tipps dazu, was Sie tun können, wenn Sie einen rassistischen Angriff beobachten.
Ausserdem publizieren wir Kursangebote und Workshops zu Diskriminierung, Zivilcourage und weiteren Themen für Erwachsene und für Schulen aus unserer Bildungsabteilung:
www.amnesty.ch/bildung



© Aline Bovard Rudaz

Hört uns zu

Vier engagierte Menschen schildern ihre Sicht auf die Rassismusdebatte in der Schweiz und sagen, was sie sich von der Gesellschaft wünschen.

Licia Chery
wurde vor 35 Jahren als Tochter haitianischer Eltern in Genf geboren. Sie ist Sängerin, Autorin, Marketing- und Kommunikationsassistentin und seit August 2020 Moderatorin der Spielshow «C'est ma question» auf RTS 1.

«Nutzt eure Privilegien, um uns eine Stimme zu geben»

«Heute ist es in Genf selten, dass jemand an der Schule die einzige nicht-*weisse* Person ist. Als ich so alt war wie mein Sohn heute, war das aber noch der Fall.

Rassismus bedeutet, auf den ersten Blick gehasst zu werden, ohne dass dich das Gegenüber kennt. In meinem Buch «Tichéri a les cheveux crépus» («Tichéri hat krauses Haar») geht es um diese kleinen Angriffe, die in ihrer Summe im Alltag so schwer wiegen. Das Buch richtet sich an Eltern und Kinder. Letztere verstehen Dinge sehr schnell, wenn man sie ihnen erklärt – im Gegensatz zu manchen Erwachsenen.

Bewusstsein entsteht durch Bildung und Repräsentation: Im Sommer 2020 habe ich als erste Schwarze Moderatorin beim Westschweizer Fernsehsender RTS angefangen. Das hätte ich mir als Kind nie vorstellen können. Viele Kommentare auf meiner Facebook-Seite sind nicht eindeutig rassistisch, es wurde mir aber vorgeworfen, «zu laut zu lachen», zu laut zu sein. Sie dürfen nicht vergessen, dass für manche Menschen allein meine Hautfarbe eine Provokation ist. Glücklicherweise erhalte ich auch viele positive Nachrichten, darunter von Müttern, die mir sagen, dass es ihre Kinder dank mir wagen, Träume zu haben.

In der Schweiz ist es immer noch schwierig, über Rassismus zu reden. Wir hören regelmässig, dass «wir hier ja nicht in den USA seien». Es fällt den Menschen schwer, die Themen Herkunft und kollektives Denken, das von Generation zu Generation weitergegeben wird, zu verstehen. «Aber Sie waren doch keine Sklavin», wurde mir schon gesagt. Diese Menschen sehen nicht, wie «Schwarz» überall auf der Welt wahrgenommen wird und welche Auswirkungen diese Wahrnehmung hat. Einmal erzählte ich einem Psychiater, was mein Vater mir sagte, als ich jünger war: «Du bist eine Frau und du bist Schwarz in einer Welt des *weissen* Mannes. Bei allem, was du tust, musst du doppelt so hart kämpfen.» Er antwortete: «Kein sehr netter Papa.»

Wenn ich sage, dass Rassismus existiert, konfrontiere ich *weisse* Menschen mit einer Realität, die sie nicht sehen wollen. Es geht um das Unbewusste: Auch wenn Sie keine rassistischen Absichten haben, können Ihre Worte rassistisch sein. Die Bewegung Black Lives Matter hat einige Tatsachen in den Vordergrund gerückt. Wie bei #MeToo wagen es nun manche Betroffene, sich zu äussern. Anderen wird das Ausmass des Problems bewusst. Und schliesslich gibt es diejenigen, die schimpfen, dass alles übertrieben sei und «man ja nichts mehr sagen darf».

Solange manche *Weisse* verkennen, dass der Rassismus nicht von uns, sondern von ihnen ausgeht, wird sich nichts ändern. Unternehmen, Institutionen, Regierungen betonen regelmässig, dass wir Rassismus bekämpfen müssen. Schön, aber dann stellt Leute ein, die die Vielfalt repräsentieren! Wir wollen Institutionen mit Frauen, Transmenschen, People of Color, Menschen mit Behinderung – kurz, ein Abbild der Gesellschaft. Jenen, die sich mit uns verbünden wollen, gebe ich folgenden Rat: Fragt uns, was ihr tun könnt. Äussert nicht immer eure Meinung, hört einfach zu! Und statt zu bestreiten, dass es *weisse* Privilegien gibt, nutzt ihr sie besser, um unserer Stimme Gehör zu verschaffen.»

Protokolliert von Emilie Mathys

Denis Sorie
ist 23 Jahre alt, studiert Kommunikationswissenschaften in Freiburg i. Ue. und arbeitet nebenbei in einer Kommunikationsagentur. Er ist Mitglied der Unigruppe Fribourg von Amnesty International und im Vorstand der Operation Libero Nordwestschweiz.

© Eleni Kougionis

«Das Problem anerkennen»

«Während der Black-Lives-Matter-Demonstrationen habe ich selbst viel gelernt und mir Gedanken gemacht über Vorfälle in der Vergangenheit. Zum Beispiel darüber, dass ich innerhalb von zwei Wochen zwei Mal von der Polizei kontrolliert wurde.

Ich bin ziemlich *weiss* sozialisiert worden, ich bin in Basel mit einer *weissen* Mutter aufgewachsen. Immer wieder werde ich auf Hochdeutsch oder sogar Englisch angesprochen. Verletzend finde ich, wenn die Gesprächspartner*innen auf Hochdeutsch beziehungsweise Englisch weiterfahren, selbst wenn ich auf Schweizerdeutsch antworte. Ich weiss, die meisten meinen es ja nicht böse. Aber wenn das dauernd geschieht, nervt es trotzdem. Ähnlich ist es mit der Frage: «Woher kommst du?» Weil ich diese Frage so oft höre, gibt sie mir mittlerweile das Gefühl, dass ich eben nicht ganz dazugehöre in der Schweiz. Dabei spielt der Kontext eine grosse Rolle. Wenn «Woher kommst du?» die zweite Frage ist bei einer neuen Begegnung und die Antwort «Aus Basel» nicht ausreicht, dann finde ich es verletzend. Fragt mich eine gute Freundin, ist es natürlich anders.

Mir ist Sprache generell sehr wichtig, und ich glaube, dass ein sorgfältiger Umgang mit der Sprache etwas verändern kann. Daneben braucht es politische und gesellschaftliche Veränderungen. Wichtig finde ich Aufklärungsarbeit in der Bildung. Ich setze mich bei Amnesty International und mit der Operation Libero für eine liberale und gerechte Gesellschaft ein, für Menschenrechte, Freiheit, Vielfalt. Das schliesst für mich ein, dass alle Menschen gleich an Würde und Rechten sind. Ich habe mich aber bewusst dagegen entschieden, mich ausschliesslich gegen Rassismus zu engagieren, denn ich möchte, dass People of Color auch bei Themen repräsentiert sind, die nichts mit der Hautfarbe zu tun haben.

Manche werfen Black Lives Matter vor, dass die Bewegung ja gerade die Hautfarbe betone; so werde die Gesellschaft weiter gespalten. Meine Meinung dazu ist: Um die Probleme mit dem Rassismus aufzuzeigen, ist es notwendig, auf die Hautfarbe hinzuweisen. Idealerweise würde Hautfarbe oder Herkunft keine Rolle spielen, doch derzeit spielen sie noch eine Rolle. Ein Beispiel: Seit 2014 habe ich neben dem Schweizer Pass auch jenen von Sierra Leone, wo mein Vater herkommt. Bei Bewerbungen überlege ich aber sehr genau, ob ich dieses Bürger*innenrecht erwähnen soll oder ob es ein Nachteil sein könnte. Und ich glaube, ich bin bei weitem nicht der Einzige, der sich solche Sorgen macht.

Von meinen *weissen* Mitmenschen wünsche ich mir, dass sie zuhören und versuchen, das Problem anzuerkennen, auch wenn sie es nicht auf den ersten Blick sehen. Dass manche sich fragen, ob es überhaupt Rassismus gebe in der Schweiz, ist für mich ziemlich unverständlich. Wertschätzung für die Erfahrung von anderen wäre ein erster Schritt gegen Rassismus.»

Protokolliert von Carole Scheidegger

© Aline Bovard Rudaz

Noémi Michel
ist Dozentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Genf und Mitglied des Kollektivs Faites des Vagues und von ERIF (European Race and Imagery Foundation). Die 37-Jährige forscht zu den Erfahrungen von Minderheitengruppen in der Demokratie.

«Mit der Vergangenheit auseinandersetzen»

Es war im Herbst 2012 auf dem Weg zu meinem Büro an der Universität Genf, als ich diesen Plakaten begegnete. Gerade hatte ich meine Dissertation darüber beendet, wie Worte und Bilder im öffentlichen Raum Rassismus reproduzieren. Die Plakate zeigten die SVP-Politiker Oskar Freysinger und Christoph Blocher, die im Rahmen einer Kampagne von Amnesty Schweiz gegen die Verschärfung des Asylrechts in Migranten «verwandelt» worden waren.

Ich stimme mit den politischen Zielen von Amnesty überein, aber ich war schockiert, dass eine rassistische Tradition, das Blackfacing, in dieser Kampagne eingesetzt wurde. Schockiert darüber, dass provokatives Marketing betrieben wurde auf Kosten derjenigen, deren äusserliche Merkmale instrumentalisiert werden. Amnesty tat sich schwer damit, die Kritik anzunehmen, die ich zusammen mit einer Gruppe von Forscher*innen an die Organisation gerichtet hatte. In einem kürzlich erschienenen Artikel bin ich auf dieses Thema zurückgekommen: Für progressive Organisationen und Akteur*innen ist es schwierig zuzugeben, dass sie selbst auch Rassismus produzieren können.

Antirassismus kann sich nicht mit einfachen Aussagen wie «Rassismus ist falsch» oder der Verabschiedung einer Charta begnügen. Der humanitäre Sektor reproduziert weiterhin eine visuelle Kultur, die eine Grenze zwischen dem «Wir» und «den anderen» schafft, denen man «helfen» will. Organisationen wie Amnesty würde es gut anstehen, Rassismus zuzugeben, sich selbst zu hinterfragen und sich dem Unbehagen zu stellen.

Rassismus zu bekämpfen bedeutet, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die Schweiz ist immer noch stark von einer «kolonialen Amnesie» betroffen. Wir feiern Henry Dunant, der nicht nur das Rote Kreuz gegründet hat, sondern auch am Ursprung einer kolonialen Gesellschaft stand. Wir vergessen, dass es hierzulande bis Mitte des 20. Jahrhunderts «Menschenzoos» gab. Diese Vergangenheit klingt bis heute nach, sie ist die Quelle des heutigen Rassismus.

Ich wuchs in einer politisierten Familie auf, die mir eine Kultur der Befreiung vermittelte. Vor allem durch meinen Vater wurden mir antikoloniale haitianische Geschichten weitergegeben. Der Kampf gegen Sklaverei und Kolonialismus ist aus meiner Sicht wesentlich für das Verständnis von Menschenrechten. Schon im Gymnasium hat mich beschäftigt, dass wir nur französische Literatur lasen, nicht aber frankophone Literatur. In dieser engen, eurozentrischen Sichtweise konnte ich mich nicht wiederfinden. Sie entsprach nicht meinem Bild der Welt, wie ich es von meinen eingewanderten Eltern und meinen Freund*innen im multikulturellen Genf geerbt hatte.

Ich habe mich im letzten Sommer aktiv an der Black-Lives-Matter-Bewegung beteiligt. Meine Brüder, Cousins und Cousinen in Europa und in den Vereinigten Staaten leben täglich mit Racial Profiling. Das Engagement für Antirassismus ist ein wichtiger Teil meines Lebens. Dank Black Lives Matter finde ich wieder eine Verbindung zur Schönheit des Schwarzen Befreiungskampfes. Die Bewegung erinnert mich daran, dass wir lebendig sind.

Protokolliert von Emilie Mathys

© Sabine Rock

Rispa Stephen
ist in Uster aufgewachsen und wohnt heute in Winterthur. Sie hat soziokulturelle Animation studiert und ist jetzt in einem Gemeinschaftszentrum in Zürich tätig. Daneben ist die 38-Jährige im Vorstand des Frauenhauses Winterthur und Mitorganisatorin des Black Film Festival Zurich, das voraussichtlich vom 28. bis 30. Mai im Zürcher Kino Houdini stattfinden wird.

www.blackfilmfestivalzurich.com

«Es braucht eine öffentliche und politische Debatte»

«Immer wieder höre ich, dass es in der Schweiz keinen Rassismus gebe, oder er wird einzig mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht. Sage ich, dass wir in einem rassistischen und diskriminierenden System leben und davon geprägt sind, dann wird rasch empfindlich darauf reagiert. Denn wer möchte schon gern als Rassist*in bezeichnet werden? Aber darum geht es ja nicht, wir sollten von diesem Opfer-Täter*innen-Schema wegkommen. Die Schweiz muss endlich einen offenen Diskurs über strukturellen und institutionellen Rassismus, über Diskriminierung und über die Rolle des Landes in der Vergangenheit führen. Die Stichwörter sind Kolonialismus, Sklavenhandel, Missionierung. Ich bin überzeugt, dass dies zur Dekonstruktion von Rassismus und Diskriminierung in der Schweiz beitragen würde.

Rassismus ist oft sehr subtil, was es umso schwieriger macht, darüber zu reden und ihn anzuprangern. Im Zürcher Ausgeh-Quartier Kreis 4 wurde ich auch schon gefragt, was ich denn koste. In der Öffentlichkeit wurde ich mal mit «huere Schoggichopf» und «Geh doch wieder dorthin, wo du herkommst» beschimpft. Als ich die Person zur Rede stellte, kassierte ich einen Ellbogenhieb; niemand von den Umstehenden reagierte. Als Kind wurde ich mit dem M-Wort beschimpft. Ich kann nicht nachvollziehen, wieso manche Leute immer noch darauf bestehen, diese Süssigkeit so zu nennen. Bei vielen People of Color ruft dieses Wort nur verletzende Erinnerungen hervor.

Wir alle haben Privilegien, die einen mehr als die anderen. Der Unterschied bei der *weissen* Mehrheitsgesellschaft ist aber: Sie muss sich nicht mit Rassismus auseinandersetzen, sie darf.

Diese Privilegien bringen mit sich, dass man sich keine Sorgen macht, wenn ein Polizeiauto vorbeifährt, oder dass man bei der Wohnungs- und Arbeitssuche nicht wegen des Aussehens diskriminiert wird. Black Lives Matter hat auf manches ein Licht geworfen, wie auch auf die vielen Leute, die sich schon davor mit verschiedenen Projekten gegen Rassismus eingesetzt haben.

Mit zwei anderen Frauen habe ich 2019 das Black Film Festival Zurich gegründet. Wir wollen damit Schwarzen Filmemacher*innen eine Plattform geben und den Zugang zum Black Cinema ermöglichen. Nach wie vor spielen People of Color Rollen, die ein stereotypes, kolonialistisches oder diskriminierendes Bild zeigen. Das schafft keinen Wert für People of Color, sondern zementiert problematische Bilder weiter. Wir möchten ein anderes Filmschaffen mit differenzierteren Rollen zeigen. 2020 musste das Festival wegen Corona leider ausfallen. Dieses Jahr kann es vom 28. bis 30. Mai hoffentlich wieder stattfinden.

Von der Mehrheitsgesellschaft wünsche ich mir, dass sie sich stärker bemüht, sich mit Rassismus auseinanderzusetzen, und versucht, unsere Perspektive einzunehmen. Gesellschaftlich und politisch wünsche ich mir einen breiteren Diskurs zu strukturellem und institutionellem Rassismus sowie zu Diskriminierung, aber auch zur Rolle der Schweiz in der Vergangenheit. Die Schweiz ist und war nie neutral!»

Protokolliert von Carole Scheidegger

Ich, wir und die anderen

Wie kommt es überhaupt zu Rassismus und Diskriminierung? Die Sozialpsychologie versucht, diese Frage zu beantworten. Sie erforscht die psychologischen und sozialen Wurzeln des Rassismus – aber auch, wie durch dieses Wissen Rassismus entgegengewirkt werden kann. Von Pascal Wagner-Egger

Rassismus beginnt mit einem banalen und alltäglichen Phänomen: Bei der Begegnung mit anderen Menschen ordnen wir diese umgehend einer Kategorie zu. Denn ohne Kategorisierung könnte unser Gehirn gar nicht all die Informationen, die es aus der Umwelt erhält, verarbeiten. Bei der «sozialen Kategorisierung», also der Kategorisierung von Menschen, geht es darum, wie wir Menschen wahrnehmen, die wir in die gleiche oder in verschiedene Kategorien einteilen. Also ob wir weniger Unterschiede zwischen Menschen wahrnehmen, als tatsächlich bestehen, wenn sie in der gleichen Kategorie sind. Und ob wir bei Menschen mehr Unterschiede sehen, die in verschiedene Kategorien eingeteilt wurden.

Voreingenommenheit und Bevorzugung

Damit kommen wir zu den Stereotypen. Denn diese sind eine Erweiterung dieser sozialen Kategorisierungen, indem wir Persönlichkeitsmerkmale hinzufügen. Diese Stereotype haben selten eine Grundlage in der Realität, sind grösstenteils übertrieben oder sogar falsch, sozial konstruiert und wurden während unserer Sozialisation erlernt. Ausserdem ist die Verwendung von Stereotypen ein Zeichen von Denkfaulheit (sie nimmt zu, wenn wir zum Beispiel wenig Zeit haben, jemanden zu beurteilen). Stereotype sind auch sehr schwer zu korrigieren, da Gegenbeispiele oft als Ausnahmen interpretiert werden, selbst wenn sie zahlreich sind. Stereotype haben ausserdem die besonders perfide Tendenz, sich als selbsterfüllende Prophezeiung schon dadurch scheinbar zu bewahrheiten, dass jemand daran glaubt.

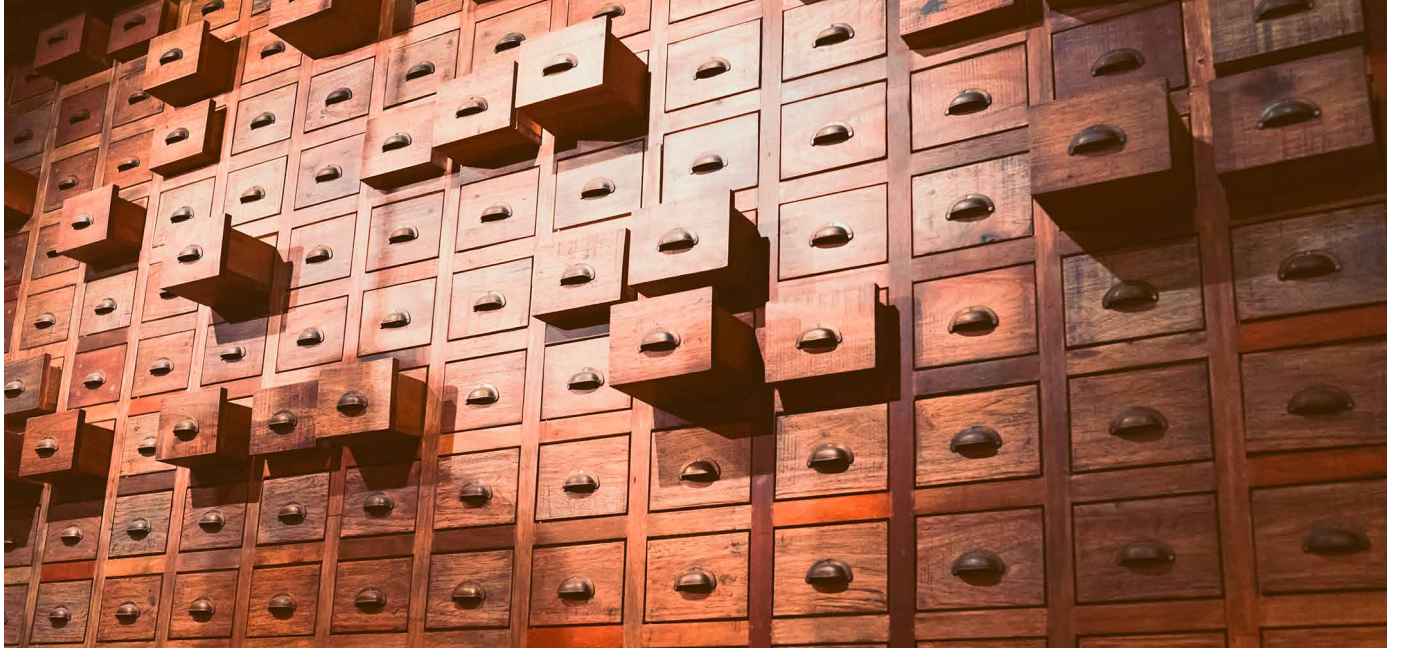
Zahlreiche sozialpsychologische Studien haben ausserdem Folgendes gezeigt: Wenn Menschen, die einander nicht kennen, in zwei Gruppen eingeteilt werden, neigen die meisten dazu, die Mitglieder der eigenen Gruppe zu bevorzugen, auch wenn keine Interaktion stattfand, indem sie ihnen beispielsweise etwas mehr Punkte zuteilen. Auch neigen wir dazu, mehr negative Stereotype über die «andere Gruppe» (Exogruppe) zu haben als über unsere «eigene» (Endogruppe).

Die Gruppen mit einer dominanten Position in der sozialen Hierarchie diskriminieren zudem diejenigen Gruppen stärker, die in der sozialen Hierarchie weiter unten stehen. Diese können zudem ihre Diskriminierung verinnerlichen, also selbst an ihre vermeintliche Minderwertigkeit zu glauben beginnen. Diese Verzerrung kann auf allen möglichen Ebenen beobachtet werden: bei Rivalitäten zwischen Stadtquartieren, Nachbardörfern, Ländern und so weiter – sichtbar beispielsweise bei Fussball-Fans.

Traditioneller Rassismus

Was hat dies nun alles mit Rassismus zu tun? Nun, in der Sozialpsychologie definieren wir «traditionellen» Rassismus im Allgemeinen als die Ablehnung der als bedrohlich wahrgenommenen «fremden Gruppe» (Exogruppe) – was mit der genetischen Minderwertigkeit dieser Gruppen begründet wird. Dabei wurden zwei miteinander zusammenhängende Unterdimensionen identifiziert: Die eine Dimension ist «Bedrohung und Ablehnung» – zum Beispiel die Behauptung, dass «X zu einer Gruppe gehört, die weniger begabt ist als Y». Die andere ist «Intimität»: Damit gemeint ist die Weigerung, im Privatleben, in der Familie, bei der Arbeit und so weiter mit diesen Menschen Kontakt zu haben. Diese Definition von Rassismus verweist auf die oben beschriebenen Prozesse der sozialen Kategorisierung, Stereotypisierung und Bevorzugung, beinhaltet aber zusätzlich die Idee des Essenzialismus: Es wird den Menschen, die wir einer Gruppe zugeteilt haben, ausserdem eine zugrundeliegende, gemeinsame und unveränderliche Kerneigenschaft zugeschreiben. So zum Beispiel «Blut» oder «Gene». Erfreulicherweise lässt sich seit Ende des letzten Jahrhunderts in Meinungsumfragen ein Rückgang der Zustimmung zu diesem traditionellen Rassismus beobachten.

Pascal Wagner-Egger ist Lektor und Co-Direktor der Abteilung für Psycholinguistik und Angewandte Sozialpsychologie an der Universität Freiburg i. Ue.
Dieser Artikel ist eine überarbeitete und gekürzte Version eines längeren Artikels, der in der Zeitschrift «Tangram» veröffentlicht wurde. Wissenschaftliche Referenzen sind auf Anfrage unter pascal.wagner@unifr.ch erhältlich.



© MIA Studio / shutterstock.com

Jede Person, der wir im Alltag begegnen, stecken wir in eine der Schubladen in unserem Kopf.

Moderner Rassismus | Sozialpsycholog*innen haben sich jedoch gefragt, ob dies auf einen tatsächlichen Rückgang des Rassismus zurückzuführen ist oder zumindest teilweise auf die Einführung von Antirassismusgesetzen in den 1960er-Jahren in den USA und in einigen europäischen Ländern (in der Schweiz in den 1990er-Jahren). In dem Zusammenhang stellten sie neue Formen des sogenannten «modernen» Rassismus fest. Diesen Formen ist gemeinsam, dass sie schwieriger zu erkennen, indirekter und subtiler sind. Aber es ist erwiesen, dass es sich dabei tatsächlich um Diskriminierung handelt.

Symbolischer Rassismus bezieht sich auf die Verschleierung von Rassismus gegenüber anderen: Dazu gehört die berühmte Phrase «Ich bin kein Rassist, aber …» – gefolgt beispielsweise von der Behauptung, dass die gegenwärtigen Forderungen der Schwarzen in den USA unberechtigt seien.

Ambivalenz-Verstärkung: Sie beschreibt das gleichzeitige Vorhandensein von positiven und negativen Gefühlen gegenüber einer Person, die je nach Kontext aktiviert werden: In einem Wettbewerbskontext werden zum Beispiel negative rassistische Gefühle mobilisiert, nicht aber in einem Kontext gegenseitiger humanitärer Hilfe.

Aversiver Rassismus ist Verschleierung des Rassismus selber, eine Form des unbewussten Rassismus. Er bewirkt, dass die negativen Einstellungen nicht bewusst sind und auf einen anderen Faktor zurückgeführt werden (zum Beispiel wenn bei einer Anstellung eine offensichtliche Diskriminierung mit einem Kompetenzmangel begründet wird, aber eigentlich rassistische Gefühle den Ausschlag gaben).

Regressiver Rassismus postuliert, dass Gleichstellungsvorstellungen in Stresssituationen ins Wanken geraten, weil die einzelnen Personen in diskriminierende Verhaltensweisen zurückfallen.

Subtiler Rassismus äussert sich durch eine Übertreibung der kulturellen Unterschiede zwischen der Gruppe, der man angehört, und den diskriminierten ethnischen Minderheiten, sowie indem die traditionellen Werte des eigenen Landes gegenüber ausländischen Bräuchen verteidigt werden. Positive Emotionen werden nur der eigenen Gruppe zugeschrieben («Ich hasse die Xs nicht mehr als die Ys, aber ich mag die Ys mehr als die Xs»).

Und schliesslich wurde **verdeckter Rassismus** bei Personen beobachtet, die in Umfragen die Existenz von Rassismus in ihrem Land grundsätzlich leugneten.

Fazit | Aus diesem Überblick über die Formen von Rassismus und seine sozialpsychologischen Vorläufer wird deutlich, wie die psychologischen und sozialen Grundlagen des Rassismus tief in unseren «normalen» Denk- und Verhaltensweisen verankert sind. Alle diese Mechanismen – die soziale Kategorisierung, die Stereotypisierung und die Bevorzugung – sind Bestandteile des Rassismus, die aus dem normalen Funktionieren unserer Psyche und dem Leben in der Gesellschaft entstehen. Meine Schlussfolgerung ist jedoch weder fatalistisch noch pessimistisch: Obwohl diese Prozesse nur langsam und schwer zu ändern sind, zeigt die Forschung auch, dass wir ihnen durch Bildung und bewusste Reflexion entgegenwirken können. Indem wir von ihnen wissen, können wir sie bewusst hemmen, sie in unserem täglichen Denken bekämpfen und unsere Mitmenschen dazu ermutigen, das Gleiche zu tun. |

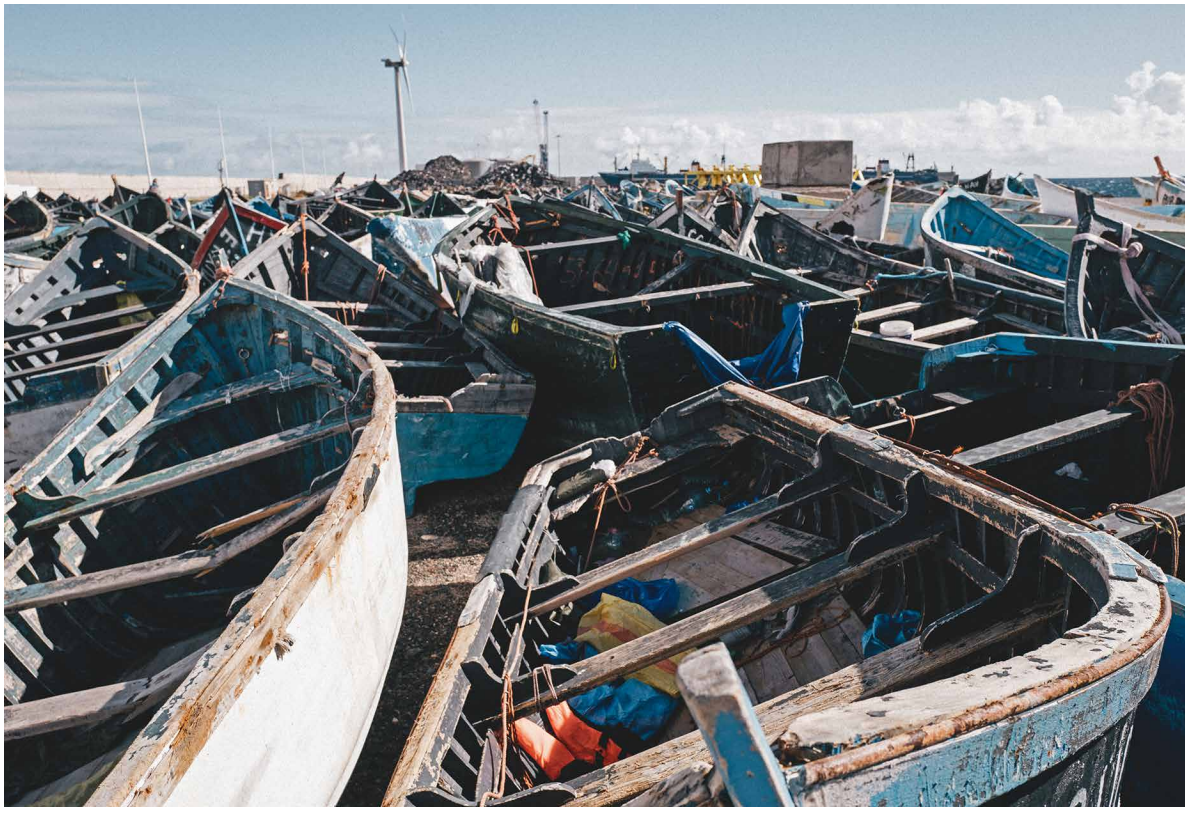
Die psychologischen und sozialen Grundlagen des Rassismus sind tief in unseren Denk- und Verhaltensweisen verankert. Indem wir von ihnen wissen, können wir sie bekämpfen.

Noch immer treffen monatlich Tausende Geflüchtete und Migrant*innen auf Gran Canaria ein.

Neuer Weg nach Europa

Die Kanarischen Inseln waren 2020 nicht nur Feriendestination für europäische Badegäste, sie waren auch vermehrt das Ziel vieler Migrant*innen und Flüchtenden aus Afrika. Diese begeben sich auf den gefährlichen Weg, um der Not zu entkommen, dort angelangt, geht es für die meisten allerdings nicht weiter.

Von Jojo Schulmeister (Fotos) und Sebastian Sele (Text)



Die verwendeten Boote sind nicht für eine Überfahrt auf die Kanaren geeignet.

Wegen der Folgen der Pandemie nahm die Zahl der Menschen, die aus Afrika auswandern wollen, wieder zu: Rund 23 000 Migrant*innen haben 2020 die Überfahrt vom afrikanischen Festland auf die Kanarischen Inseln gewagt. Im Vorjahr waren es gerade einmal 2700 gewesen. Ihr Weg von Marokko, Mauretanien oder dem Senegal über den Atlantik gilt als gefährlichste Migrationsroute der Welt – die Wellen können hier über fünf Meter hoch werden. Es sind meist junge Männer, die die bis zu 1500 Kilometer auf offener See zurücklegen. Bereits mehr als 1800 sollen dabei den Tod gefunden haben.

Die spanische Regierung weigert sich, die angekommenen Migrant*innen auf das europäische Festland zu holen. Sie möchte keine «falschen Signale» nach Marokko und in den Senegal schicken. Tausende sollen dort noch auf die Überfahrt warten. Eine Chance auf Asyl haben sie kaum.

Die Migrant*innen kamen zwischenzeitlich in Las Palmas auf dem Pier von Arguineguín unter, der den unrühmlichen Übernamen «Pier der Schande» erhielt. Gewartet wurde in der prallen Sonne, Zugang zu fairen Asylverfahren und Anwält*innen soll es kaum gegeben haben, es war von Ratten und Corona-Positiven die Rede.

Innenminister Fernando Grande-Marlaska reagierte: «Wir werden die Kanaren nicht zu einem neuen Lesbos werden lassen.» Die Migrant*innen wurden in Hotels untergebracht, die wegen der ausbleibenden Tourist*innen leer standen. Anwohner*innen gingen dagegen auf die Strasse: «Hotels sind keine Einwanderungszentren», war auf einem der Banner zu lesen. Andere Inselbewohner*innen protestieren wiederum für die Rechte der Migrant*innen. Das Ziel der Regierung, die Hotels bis Ende 2020 zu räumen, verfehlten die Behörden dennoch. Der kanarische Regierungschef Antonio Morales: «Spanien wollte uns in ein Gefängnis verwandeln. Jetzt sind wir eines – aber ohne Mittel und ohne Überwachung.»

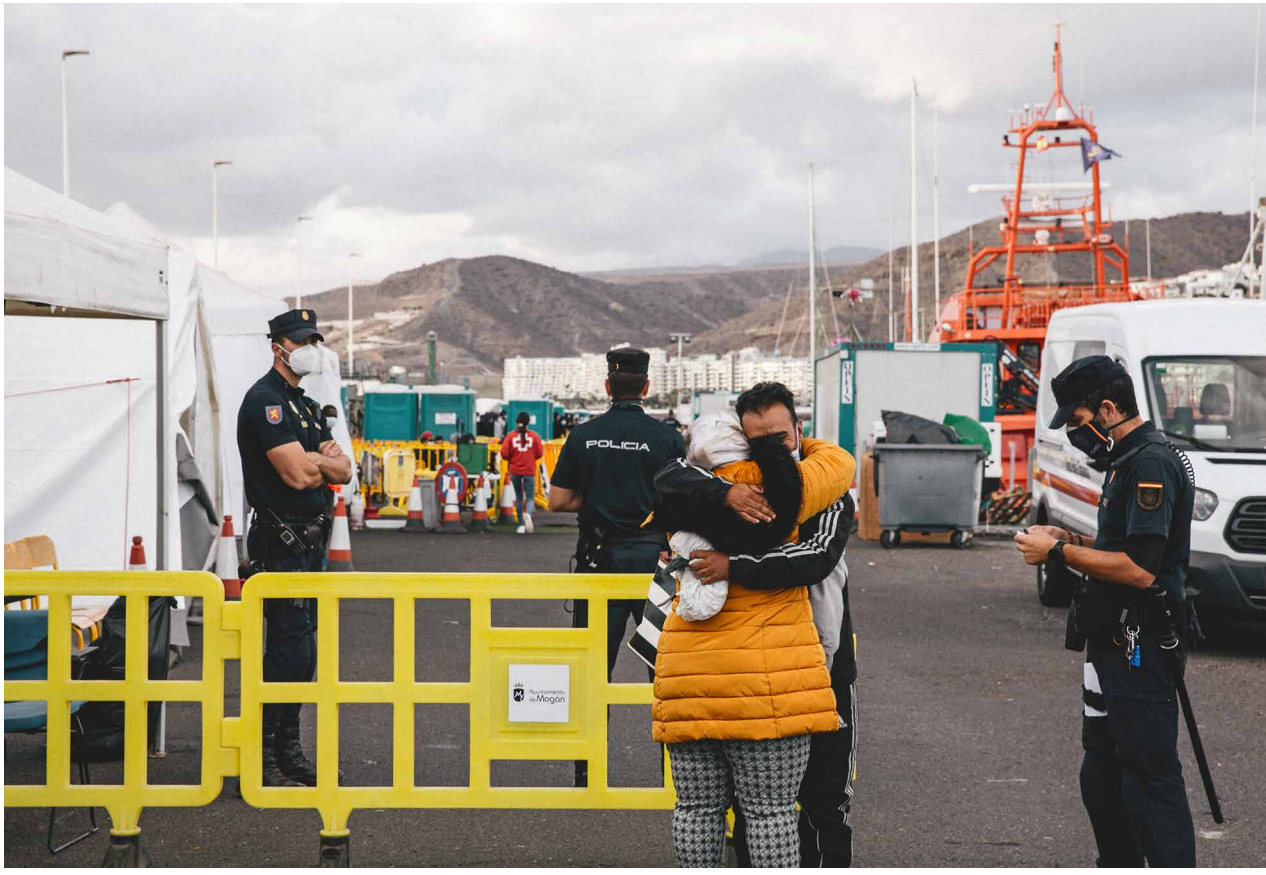
Ein Militärgelände ausserhalb von Las Palmas wurde zu einem Lager umfunktioniert. «Wer etwas Empathie hat, kann das nicht in Ordnung finden», sagt eine Anwohnerin.

In Las Palmas hat die Antifa zur Demonstration aufgerufen. Eine der Parolen: «Gran Canaria ist Afrika». Dazwischen immer wieder Fahnen, welche die Unabhängigkeit der Kanaren fordern.

Migranten aus dem Senegal sitzen an der Hafenpromenade von Puerto Rico. Wenige Tage zuvor protestierten hier Anwohner gegen ihre Anwesenheit.

Ein Geflüchteter aus Mali vor dem Hotel Vista Flora, in dem er untergebracht wurde. Die Regierung hat Hotels angemietet, die wegen der ausbleibenden Tourist*innen sonst leer stehen würden (links).

Eine Frau begrüsst ihren Bruder, der die Überfahrt von Marokko nach Gran Canaria heil überstanden hat. Sie wird ihn mit nach Madrid nehmen, wo sie lebt.



Verdächtigt, verschwunden, verscharrt

In Kenia gehen Sicherheitskräfte oft brutal gegen die Bevölkerung vor. Die Seite «Missing Voices», an der Amnesty International beteiligt ist, dokumentiert die Opfer. Von Bettina Rühl

Kibundani ist ein Dorf an der kenianischen Küste. Beim Anblick des Besuchs lachen die Bewohner*innen erleichtert: Es sind bloss eine *Weisse* und Kashi Jermaine von der kenianischen Menschenrechtsorganisation HUDA, den sie gut kennen. «Als wir das Auto hörten, sind wir sofort in Panik geraten», erklärt man uns, «wir wollten schon fliehen.» Mit einem Auto kommt sonst eigentlich nur die Polizei in Dörfer wie Kibundani, und der Gedanke daran löst hier Todesangst aus. Ende Mai 2020 erschienen bewaffnete Beamte in Kibundani. Als sie wieder abfuhren, waren drei Menschen tot, darunter zwei Kinder im Alter von vier und sechs Jahren. Ausserdem ein acht Monate alter Fötus, den eine Polizeikugel im Bauch seiner Mutter getroffen hatte.

Glaubt man der Darstellung der Polizei, dann suchte sie einen Terrorverdächtigen und ein Gewehr. Der «Verdächtige» habe eine Handgranate auf die Einsatzkräfte geworfen und seine Kinder als menschliche Schutzschilde missbraucht, deshalb seien sie versehentlich zusammen mit dem Gesuchten getötet worden, erklärten die Einsatzkräfte im Nachhinein. Ganz anders beschreibt Mohamed Ramadan das, was in der Nacht auf den 30. Mai 2020 in Kibundani geschah. Er ist der älteste Sohn des Opfers: Die Polizei habe ihre Haustür mit einer Handgranate gesprengt und im Haus wild herumgeschossen. Sein Vater sei zu der Zeit schon draussen gewesen. Dann habe die Polizei auch ihn festgenommen und aus dem Haus gebracht. Dabei kam Mohamed an seinem Vater vorbei, der auf dem Bauch am Boden lag, im Griff der Polizisten. Der Sohn musste sich auf dem Dorfplatz hinlegen, neben seinen Onkel. «Wir lagen da vielleicht fünf Minuten, dann hörten wir drei Gewehrschüsse, vielleicht auch vier. Ich wusste nicht, was passiert war, ob jemand erschossen worden war», erzählt der 22-Jährige.

Bettina Rühl ist freie Journalistin in Nairobi.

Die Opfer sind häufig junge Männer, die in den Slums der Hauptstadt Nairobi leben, dort führen die Sicherheitskräfte einen oft gesetzlosen «Krieg gegen Kriminalität».

Kashi Jermaine hat eine genauere Vorstellung von dem, was in jener Nacht geschah. Weil seine Menschenrechtsorganisation im Namen der Familie Aufklärung verlangte, durfte er bei der Autopsie der Leiche dabei sein und bekam anschliessend den Autopsiebericht. «Sie haben Mohameds Vater exekutiert. Sie haben ihm befohlen, sich hinzulegen, und ihm in den Kopf geschossen, er hatte drei Kugeln im Kopf.»

Junge Männer im Visier | Auf der Seite «Missing Voices» werden die Opfer von Polizeigewalt gezählt. Allein 2020 seien mindestens 144 Menschen von der Polizei getötet oder entführt worden und nie wieder aufgetaucht, heisst es dort. Betrieben wird die Seite von kenianischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International Kenia. Sie versuchen gemeinsam, die Fälle von Polizeigewalt zu dokumentieren und darauf zu drängen, dass die Justiz ermittelt und die Täter*innen bestraft werden. Die Opfer sind häufig junge Männer, die in den Slums der Hauptstadt Nairobi leben, dort führen die Sicherheitskräfte einen oft gesetzlosen «Krieg gegen Kriminalität». Oder sie sterben im Namen des kenianischen «Kriegs gegen den Terror». Den führen die kenianischen Sicherheitskräfte vor allem in den Gebieten Kenias, in denen überwiegend Muslim*innen leben, also an der Küste und im Nordosten des Landes. Insgesamt sind rund 10 Prozent der Bevölkerung muslimischen Glaubens, mehr als 80 Prozent der Kenianer*innen bekennen sich zum christlichen Glauben.

«Es ist insgesamt schwer, an verlässliche Zahlen zu kommen», betont Ramadhan Rajab von Amnesty International Kenia. «Aber in Bezug auf die muslimischen Opfer ist es besonders schwierig.» Denn die Mitgliedsorganisationen von «Missing Voices» erfahren von Menschenrechtsverletzungen nur dank der Unterstützung der Bevölkerung, anderer Organisationen oder von Regierungsangehörigen. Der Nordosten Kenias, der an Somalia grenzt, ist jedoch dünn besiedelt und wurde von der Regierung seit der Gründung des Landes strukturell ver-

© Amnesty International

Protest gegen Polizeigewalt: Studierende demonstrieren nach der Ermordung eines Mitstudenten. Nairobi, März 2018.

nachlässigt – es gibt hier weniger Behörden oder Organisationen, mit denen «Missing Voices» kooperieren könnte. «Ausserdem haben dort viele Menschen Angst vor der Polizei und der Regierung», sagt Rajab. «Deshalb melden sie es lieber nicht, wenn Angehörige verschwinden. Sie haben Angst, selbst zu Opfern zu werden.» So gebe es kaum Daten, erst recht keine zuverlässigen. Aber Eindrücke gewinnt Rajab durchaus, wenn er im Nordosten unterwegs ist, in Orten wie Mandera oder Wajir. «Wenn du mit fünf Leuten redest, erzählen dir zwei von ihnen, dass einer ihrer Angehörigen verschwunden sei.» Wer die Tat begangen habe, sei in aller Regel unklar. Denn ausser den kenianischen Sicherheitskräften kommen auch Mitglieder der radikal-islamischen Shabaab-Miliz infrage. Viele Muslim*innen fühlen sich von Mitgliedern der Terrorgruppe ebenso bedroht wie von der kenianischen Polizei. Auch andere Gründe für ein Verbrechen sind nicht ausgeschlossen, beispielsweise finanzielle oder familiäre Streitigkeiten.

Sie kommen nachts | Ramadhan Rajab ist nach jeder Reise in den Nordosten erschüttert davon, wie viele Muslim*innen von verschwundenen Verwandten berichten. Wie Rajab betont auch Zaina Kombo, dass die Zahl der tatsächlichen Fälle vermutlich weit über den gut dokumentierten liegt, die auf der Seite «Missing Voices» aufgenommen werden. Kombo arbeitet für die muslimische Menschenrechtsorganisation HAKI Africa. «In unserem Büro in Mombasa wird uns jede Woche von zwei oder drei Fällen berichtet», sagt sie. Die Hafenstadt Mombasa ist Kenias zweitgrösste Metropole, die Bevölkerung überwiegend muslimisch. «Etwa zehn Prozent der Verschwundenen tauchen bald danach wieder auf», sagt Kombo. Von einigen werde kurz darauf der Leichnam gefunden, das Schicksal der meisten bleibe offen.

«Oft heisst es, die Menschen seien von der Polizei entführt worden. Aber meist ist das schwer zu belegen. In der Regel kommen die Täter in ziviler Kleidung und nicht tagsüber, sondern in der Nacht.» Selbst wenn es Menschen gibt, die den Vorfall gesehen haben, können sie kaum etwas mit Gewissheit sagen. Und denkbar ist meist auch, dass Mitglieder der Shabaab-Miliz hinter der Entführung stecken, die Aussagen vor Gericht verhindern oder sich für eine mutmassliche Kooperation mit den Sicherheitskräften rächen wollen.

Sofern es Hinweise darauf gibt, dass die Polizei involviert ist, melden die Mitgliedsorganisationen von «Missing Voices» den Fall der kenianischen Polizeiaufsichtsbehörde IPOA. Vieles bleibt unaufgeklärt und verläuft im Sand, so wie die Ermittlungen zu den Toten im Dorf Kibundani. Einen kleinen Fortschritt gibt es trotzdem: Im vergangenen Jahr mussten sich einige Polizisten vor Gericht verantworten. Ein paar von ihnen wurden verurteilt, andere Verfahren laufen noch. Die Mitglieder von «Missing Voices» sind überzeugt, dass es auch diesen kleinen Sieg ohne den massiven Druck der Zivilgesellschaft nicht gegeben hätte. |

© Gosteli-Stiftung, Fotosammlung A 229 (Fotograf R. Jansky)

«Als ob es einen richtigen Zeitpunkt geben würde»

Warum es so lange ging, bis die Frauen in der Schweiz das Stimmrecht erhielten, was der Menschenrechtsgedanke damit zu tun hatte und wo heute die Herausforderungen für Frauen liegen, erklärt die Historikerin Elisabeth Joris im Interview. Interview: Carole Scheidegger

▸ **AMNESTY:** Können Sie sich an die erste Abstimmung erinnern, an der Sie teilnahmen?

◂ **Elisabeth Joris:** Ich hatte damals meine Schriften noch im Wallis, wo das Frauenstimmrecht bereits im April 1970 eingeführt wurde. Ich weiss noch, wie beeindruckt ich war, als ich das Stimmlokal betrat, es war der Singsaal des Rathauses. Aber ich habe keine Ahnung mehr, um welches Thema es ging.

▸ Wieso dauerte es denn so lange, bis die Schweizerinnen das Stimmrecht erhielten?

◂ Die Mehrheit der Männer wollte es einfach nicht, und zwar auf allen Ebenen: Zum einen an der Urne bei der ersten Abstimmung von 1959. Aber auch das Parlament, die Bundesbehörden und das Bundesgericht unternahmen nichts, um das Frauenstimmrecht voranzubringen. 1951 befand der Bundesrat, es sei nicht der richtige Zeitpunkt. Als ob es einen richtigen Zeitpunkt geben würde. In den 50er-Jahren gab es Proteste von Frauen, weil man sie in den obligatorischen Zivildienst einbeziehen wollte, ohne dass sie sich selbst dazu hätten äussern können. Die Parlamentarier haben aber zur Abstimmung von 1959 nur Ja gesagt, weil sie überzeugt waren, dass die Sache dann endgültig vom Tisch sei, da die Männer an der Urne sowieso Nein sagen würden. Und das geschah dann auch.

Bei der zweiten Abstimmung 1971 spielte natürlich der Aufbruch von 1968 eine entscheidende Rolle. Von den jungen Leuten waren 90 Prozent für das Frauenstimmrecht. Dazu kam die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Der Bundesrat wollte die EMRK mit Vorbehalt unterzeichnen, wegen des fehlenden Frauenstimmrechts und der mangelnden Religionsfreiheit. Die Bundesverfassung enthielt die sogenannten konfessionellen Artikel, die unter anderem gegen die Jesuiten gerichtet waren, was der EMRK widersprach. Die Absicht, die EMRK mit Vorbehalt zu unterzeichnen, löste Proteste bei den Frauenorganisationen aus.

Im Schneckentempo zur Gleichberechtigung.

▸ Damals hatten die Frauen in den allermeisten europäischen Ländern das Stimmrecht.

◂ In den 1950er-Jahren wurde der «Sonderfall Schweiz» im Kontext des Kalten Krieges überhöht. Es hiess, die Schweiz sei in zwei Weltkriegen verschont geblieben, weil die Männer an der Grenze gestanden seien; die Zusammenarbeit mit Deutschland wurde ausgeblendet. In diesem Zusammenhang bediente man den alten Tell-Mythos. Die enge Verquickung von Wehrpflicht und Staatsbürgerrecht sei quasi in der Schweizer DNA, wie es heute heissen würde. Weil die Frauen keinen Militärdienst leisteten, sollten sie also auch kein Stimmrecht haben. Aber alle dienstuntauglichen Männer hatten selbstverständlich ein Stimmrecht. Solange die Schweiz diesen Sonderfall zelebrierte, scherte sie sich kaum darum, was das Ausland tat.

▸ Wurde das fehlende Frauenstimmrecht nicht als Grundrechtsfrage wahrgenommen?

◂ Nein. Befürworterinnen wie Gegner haben immer im Kontext der Familie und der Frau als Ehegattin argumentiert. Auf der einen Seite hiess es: Frauen und Männer arbeiten ja zusammen, also sollen beide das Stimmrecht haben. Die andere Seite argumentierte, Frauen und Männer hätten unterschiedliche Funktionen in der Gesellschaft, die Frauen betreuten «das Innere» der Familie, also bräuchten sie kein Stimmrecht. Dass die Frau als Rechtssubjekt, als Einzelperson, Rechte hat – das hat keinen Eingang in die Diskussionen gefunden. Eine andere Ebene der Debatte war: Die Frauen hätten so viel geleistet während des Kriegs, sie hätten das Stimmrecht jetzt verdient. Also auch keine rechtliche Argumentation. Ich beobachte Ähnliches in der heutigen Diskussion um das Ausländer-Stimmrecht: Sie müssen beweisen, dass sie würdig sind, dazuzugehören, sie müssen erst eine Vorleistung bringen.

▸ Wie nehmen Sie das Jubiläum des Frauenstimmrechts wahr – ausser, dass Sie viele Interviews geben?

◂ Ich habe gewisse Vorbehalte dagegen, wie das Jubiläum begangen wird. Es gibt einen momentanen Hype. Mir fehlt die Reflexion der Frage, wie mit Menschenrechten umgegangen wird, die heute in unserer Welt relevant sind. Man empört sich oder lacht über die späte Einführung des Frauenstimmrechts, bewundert die Frauenrechtlerinnen – ich werde zu einer Projektionsfläche sondergleichen. Aber eigentlich sollte es eine Auseinandersetzung mit unseren Denkstrukturen geben. Damit, dass in dieser Selbstgenügsamkeit der Schweiz eine Selbstgerechtigkeit steckt. Ich habe kürzlich einen Artikel aus der Zeitung «Die Woche» von 1958 gelesen über den «Schweizer Exportartikel Demokratie». Es hiess, eine Delegation aus Nigeria sei eingeladen worden, um unsere Demokratie zu studieren. Nicht ein Wort davon, dass in diesem «Exportartikel» die Frauen nicht an der Demokratie teilnehmen konnten.

▸ Was sind heute die Herausforderungen für die Frauenrechte in der Schweiz?

◂ Die Umsetzung der Gleichstellung ist in verschiedenen Bereichen noch nicht vollzogen. Und man geht noch immer vom Mann als der Norm aus. Die ganzen Diskussionen um Flüchtlinge sind im positiven wie im negativen Sinne vom Bild des männlichen Flüchtlings oder Asylsuchenden geprägt. Von den Frauen und Familien ist kaum die Rede, die Migrationspolitik orientiert sich nicht an ihnen. Oder bei der Medizin: Medikamente und Therapien sind auf den Mann ausgerichtet. Dafür werden andere Bereiche rein als Frauenproblem diskutiert, Hausarbeit, Care-Arbeit, Vereinbarkeit von Hausarbeit, Betreuungsarbeit und Berufsarbeit. Es heisst: «Wie ermöglichen wir Frauen die Vereinbarkeit?», nicht: «Wie ermöglicht man grundsätzlich Familien die Vereinbarkeit?» Mutterschaft ist für Frauen nach wie vor ein Risikofaktor im Berufsleben, es gibt Entlassungen oder Zurückstufungen. Nicht zuletzt halte ich die Gewalt gegen Frauen für ein grundsätzliches Problem. Diese hat mit den Sozialen Medien nochmals eine neue Dimension erreicht. Diese Gewalt trifft Männer nicht im gleichen Masse wie Frauen.

▸ Was können wir alle für mehr Gleichstellung tun?

◂ Ganz wichtig ist die Sensibilisierung für Grundrechte und Menschenwürde. Dass es für alle selbstverständlich wird zu intervenieren, wenn Grundrechte verletzt werden. Ich merke auch bei mir selbst, dass ich je nach Situation nicht interveniere – zum Beispiel wenn eine Person etwas sagt, das ich «jenseits» finde. Es braucht quasi eine «Kultur der Intervention». I

© 8xz

Elisabeth Joris ist freischaffende Historikerin in Zürich. Sie hat zahlreiche Publikationen zur Frauen- und Geschlechtergeschichte in der Schweiz veröffentlicht.

«Die Hoffnungslosigkeit zu Hause war schlimmer»

Sexarbeit wird kontrovers diskutiert, auch in feministischen Kreisen. Selten sind in diesen Debatten diejenigen zu hören, um die es eigentlich geht: die Menschen, die sexuelle Dienstleistungen verkaufen. Das Buch «Ich bin Sexarbeiterin» will das ändern.

Wir veröffentlichen in Auszügen das Porträt von Adrienn, geschrieben von der Journalistin Naomi Gregoris.

Adrienn sitzt auf dem Sofa im Nebenzimmer der Frauenberatung Flora Dora und wartet auf die erste Frage. Sie ist keine, die sich aufdrängt. Immer wieder platzen Frauen in den kleinen Pavillon hinein, um sich mit den Sozialarbeiter*innen zu unterhalten oder eine Pause von ihrer Arbeit draussen zu machen. Draussen, das ist hier auf dem Strichplatz nicht wirklich draussen. Anders als etwa an der Langstrasse, wo die Zürcher Sexarbeiter*innen zwischen Anwohner*innen und Partyvolk ihre Arbeit verrichten, gibt es hier keine Durchmischung. Der Strichplatz ist ein abgeschirmtes Areal mit klaren Regeln und Rollen. Freier und Prostituierte. Zutritt nur mit einem Fahrzeug. Notfallbuttons für die Sexarbeiter*innen. Patrouillen des Ordnungsdienstes SIP Züri. Draussen ist hier eigentlich drinnen. Und Adrienn war fünf Jahre lang mittendrin.

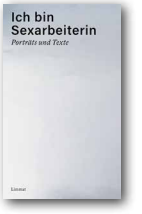
Wo hat alles begonnen? 2011, in einer kleinen Stadt in der Mitte von Ungarn. Adrienn ist damals vierzig Jahre alt und hat keine Arbeit. «Acht Monate lang habe ich gesucht, aber da kam nichts. Einfach nichts.» Bis sich eine Freundin bei ihr meldet: Was sie davon hielte, sich mit Sexarbeit im Ausland etwas zu verdienen? Adrienn sagt sofort zu. «Mir blieb nichts anderes übrig.» Rechnungen mussten bezahlt, die beiden Söhne, die sie allein grosszieht, versorgt werden. Ursprünglich hat Adrienn Wirtschaftsinformatik studiert und ein paar Semester Sozialarbeit. Später in einer Bank gearbeitet, dann mit Obdachlosen und in einem Kinderheim. Adrienn ist nicht zimperlich, was Arbeit angeht. Den Entschluss, sich zu prostituieren, fasst sie aus einer pragmatischen Selbstverständlichkeit heraus: Geld muss verdient werden, und wenn das der Weg ist, dann würde sie ihn gehen. (...)

An ihren ersten Freier mag sich Adrienn nicht erinnern. «Es war keine negative Erfahrung», sagt sie nur. Sie sei im Kopf nicht anwesend gewesen, das sei sie nie. Nervosität oder Angst seien auch nicht im Spiel gewesen. «Die Hoffnungslosigkeit zu Hause war schlimmer.» (...)

«Mir blieb nichts anderes übrig.» Rechnungen mussten bezahlt, die beiden Söhne, die sie allein grosszieht, versorgt werden.

Adrienn bleibt drei Monate. August, September, Oktober, Teile des November. Zu Weihnachten fährt sie zurück zu ihrer Familie. Ihren beiden Kindern erzählt sie, sie sei für einen Job als Putzfrau in die Schweiz gereist. Das Weihnachtsfest verläuft wie immer. «Daheim in Ungarn dachte ich nie an die Schweiz. Es war, als wäre ich nicht da gewesen.» Adrienn feiert mit ihrer Familie und erzählt nur ihrer Mutter von ihrer Arbeit in Zürich. Die reagiert resigniert. «Aber sie verbot mir nicht, wieder in die Schweiz zu fahren.» (...)

So geht es vier Jahre lang weiter. Erst leben beide Frauen im Auto, später nur noch Adrienn. Probleme mit der Polizei oder den Behörden hatte sie nie. Als EU-Bürgerin kann Adrienn jeweils für neunzig Tage in der Schweiz arbeiten. So bleibt sie drei Monate, dann fährt sie nach Hause und kehrt nach ein paar Monaten wieder zurück. (...) Den grössten Teil des Lohns gibt sie ihren beiden Söhnen, denen sie Ausbildung und Wohnung finanziert. Bis heute zahlt sie den beiden Mittzwanzigern einen Grossteil ihrer Lebenskosten. (...)



Ich bin Sexarbeiterin
Porträts und Texte
Appell Sexarbeit-ist-Arbeit.ch (Hg.)
Limmat Verlag, Zürich 2020
160 Seiten.

© Yoshiko Kusano

Zuerst arbeitete Adrienn am Zürcher Sihlquai, danach auf dem neu eingerichteten Strichplatz (im Bild).

In den Jahren am Sihlquai machte Adrienn ein einziges Mal eine schlechte Erfahrung. Sie stieg zu einem Mann ins Auto, der sie in eine Gegend ausserhalb der Stadt fuhr. Kurz nach der Ankunft sei er aggressiv geworden. «Glücklicherweise hatte ich noch meine Kleider an und konnte ihm sagen, er solle von mir weg, damit ich sie ausziehen könne.» Statt sich auszuziehen, öffnete Adrienn die Autotür und sprang heraus. Sie kam bis zu einer Autobahn-Absperrung und blieb am Gitter stehen. Der Freier war ihr nachgerannt, und jetzt hielt sie ihm drohend ihr Handy vors Gesicht. Wenn er nicht verschwinde, rief sie, würde sie die Polizei anrufen. «Das funktionierte.» Schlimm sei das gewesen, aber viel weniger schlimm als die Geschichten, die sie von Kolleg*innen kenne. Sie sei ohne Schock davongekommen. «Ich war einfach froh, dass er ging.»

Für Adrienn ist die Einrichtung des Strichplatzes in Zürich eine glückliche Fügung: Nun kann sie von ihrem Auto aus arbeiten. Sie sitzt in ihrem Kleinwagen und liest, während sie auf ihre Stammfreier wartet. Sie liest alles, was ihr in die Hände kommt. Alleine im Januar seien es 28 Bücher gewesen. «Das ist jeden Tag ein Buch!» Sie lacht, ihre Leidenschaft belustigt sie. (...)

Vor ein paar Wochen schrieb Adrienn all ihren Stammkunden eine E-Mail, in der sie ihren Rücktritt bekannt gab. Die Reaktionen waren traurig. «Viele sagten, sie würden mit mir auch eine gute Freundin verlieren.»

Eine Stimme geben

Das Buch «Ich bin Sexarbeiterin» wolle kein romantisierendes Bild von Sexarbeit zeichnen, jedoch der Dramatik vieler Darstellungen etwas entgegenhalten, heisst es in der Einleitung. Herausgegeben wurde es von den Organisationen, die den Appell «Sexarbeit ist Arbeit» lanciert haben. Das Buch will dokumentieren, weshalb sich Sexarbeiter*innen für diese Tätigkeit entschieden haben und wie ihr Alltag aussieht. Ausserdem soll es zur Entstigmatisierung von Sexarbeiter*innen und damit zur Stärkung ihrer Rechte und zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen beitragen.

Zehn Porträts zeigen die Verschiedenheit der Arbeits- und Lebensrealitäten von Sexarbeiter*innen und geben einen kleinen Einblick in ein vielfältiges Gewerbe. Entstanden sind die Texte vor der Corona-Krise, die auch auf die Sexarbeit grosse Auswirkungen hat. Daneben beleuchten Fachartikel die Sexarbeit aus rechtlicher, sozialwissenschaftlicher und politischer Perspektive. 32 Fotos von Yoshiko Kusano illustrieren die Publikation, die unter anderem von Amnesty International mit einem Beitrag unterstützt wurde.

Mehr Informationen: www.sexarbeit-ist-arbeit.ch

© Outside the Box

Schmerzvolle Erinnerungen

Seit 30 Jahren dreht Alice Schmid Filme über Kinder, die Gewalt erleiden. In ihrem neusten Film «Burning Memories» steht die Filmemacherin zum ersten Mal selbst vor der Kamera. Die Luzernerin berichtet über die Vergewaltigung durch ihren Schwimmlehrer – die sie rund 50 Jahre lang verdrängte.

Von Fabienne Engler

▸ **AMNESTY:** Ihnen wurde erst mit fast 70 Jahren bewusst, dass Sie als Jugendliche vergewaltigt worden waren. War Ihnen gleich klar, dass Sie die Vergewaltigung filmisch aufarbeiten wollten?

◂ **Alice Schmid:** Nein, weit entfernt. Ich entwarf zuerst einen Brief an den Täter. Eine Anwältin empfahl mir, den Brief auf keinen Fall abzuschicken. Der Mann könnte mich vor Gericht ziehen, denn ich hätte ja nach 50 Jahren keine Beweise und würde seine Ehe ruinieren. Heute bin ich froh, dass ich den Brief nicht abgeschickt habe. Ich will Opfern, nicht Tätern, eine Plattform geben.

▸ Was hat Ihnen den Mut gegeben, den Film «Burning Memories» zu machen?

◂ Ein Gespräch mit meiner Filmeditorin. Ich realisierte, dass ich mit meiner verdrängten Erfahrung etwas bewirken kann. Ich kann anderen Frauen den Anstoss geben zu reden, statt zu schweigen. Es ist sehr befreiend auszusprechen, was mir geschehen ist. Ich wurde vergewaltigt. Ich muss mich nicht schämen.

▸ Wieso sind Sie nach der Vergewaltigung verstummt?

◂ Ich stand unter Schock. Meine Vagina schmerzte und ich hatte Angst, schwanger zu sein. Ich fühlte mich schmutzig. Damals war ich ein gläubiges Mädchen. Ich wusste, ich musste das beichten. Eine Todsünde. Ein Schandfleck für meine Familie. Unvorstellbar, dass mich jemand in die Arme genommen, getröstet und mir gesagt hätte: Es ist nicht dein Fehler. Er hat es getan, nicht du. Stattdessen hätte ich wohl Sätze wie diese zu hören bekommen: Weshalb hast du dich nicht gewehrt? Weshalb hast du nicht geschrien? Diese Fragen, so wünsche ich mir, stellt nach meinem Film niemand mehr.

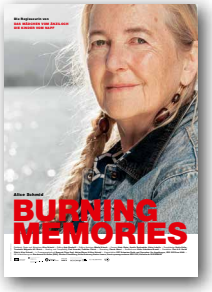
Unvorstellbar, dass mich jemand in die Arme genommen, getröstet und mir gesagt hätte: Es ist nicht dein Fehler.

▸ Hat der Film Ihnen geholfen, das Geschehene zu verarbeiten?

◂ Das Erzählen meiner eigenen Geschichte war für mich ein Heilungsprozess. Aber der Film war eine Zangengeburt. Zweimal wollte ich aufgeben. Ich dachte immer wieder: Nein, das kann ich nicht sagen, das ist zu schrecklich. Die ganze Scham kam wieder hoch, der physische und der psychische Schmerz. Ich suchte dann eine Psychologin auf. Es war sehr schwierig, die Worte zu finden für diesen Film.

▸ Was muss sich in Zukunft ändern?

◂ Die Wertschätzung für Frauen und Mädchen muss weltweit und in der Schweiz steigen. Kinder sollten über Sex und Sexualität aufgeklärt werden. Als ich den Lehrer in sein Zelt begleitete, hatte ich keine Ahnung. Ich war einfach plötzlich nackt. Wusste er, dass ich mit niemandem darüber sprechen würde? Missbrauch, Gewalt, Vergewaltigung dürfen keine Tabuthemen sein. Auch unser Sexualstrafrecht muss sich ändern. Es darf Vergewaltigung unter keinen Umständen akzeptieren oder normalisieren. Als Gesellschaft müssen wir eine Wand gegen Sexismus bauen. I



Burning Memories. Von Alice Schmid. Schweiz 2021. 80 Minuten. Voraussichtlich ab April im Kino. Premieren in Zusammenarbeit mit Amnesty International. Details unter www.amnesty.ch/veranstaltungen

© phwmhu / shutterstock.com

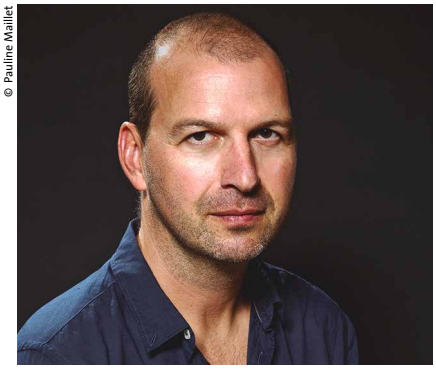
Halb Krimi, halb historisch-ethnologische Abhandlung: In seinem preisgekrönten Roman «Taqawan» thematisiert Éric Plamondon die Situation des kanadischen Mi'gmaq-Volks.

Von Boris Bögli

Der Lachs, der Wald, der Tod

Der Geruchssinn des Lachses ist tausendmal feiner als jener des Hundes. In südfranzösischen Höhlen gibt es 25 000 Jahre alte Abbildungen von Lachsen. Ein Lachs, der zum ersten Mal aus dem Meer in seinen Heimatfluss zurückkehrt, heisst in der Mi'gmaq-Sprache «Taqawan».

Derlei erfährt man im gleichnamigen Roman des kanadischen Autors Éric Plamondon. Die Lachsfischerei bildet die Lebensgrundlage des Mi'gmaq-Volkes, das im Südosten Kanadas auf der Gaspésie-Halbinsel lebt. Ein gewaltsamer Konflikt zwischen Fischer*innen und Polizei über die Fangrechte, der sich tatsächlich 1981 zugetragen hat, bildet die Ausgangslage des Romans.



© Pauline Mallet

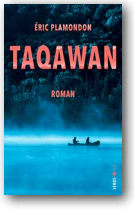
Éric Plamondon schreibt über ein verdrängtes Kapitel in der Geschichte Franko-Kanadas.

Die Hauptfiguren sind Océane, ein 15-jähriges rebellisches Mi'gmaq-Mädchen, das in den «Lachskrieg» hineingezogen wird, der Ex-Ranger Yves Leclerc, der seinen Job aus Frust über das rassistische Vorgehen seiner Kollegen aufgibt und tief im Wald lebt, der einsiedlerische und geheimnisvolle Mi'gmaq William sowie die französische Berufsschul-Lehrerin Caroline Seguette, die unbelastet an ethnische und politische Konflikte herangeht. Gewalt, Ausbeutung, Diskriminierung, aber auch Naturerlebnisse und eine Liebesbeziehung treiben die Geschichte voran, in der auch mal eine Leiche im Wald vergraben und schliesslich ein kriminelles Netzwerk aufgedeckt wird.

In kurzen Kapiteln schiebt Plamondon immer wieder historische Abrisse der kanadischen Kolonisation, linguistische Betrachtungen oder Geschichten und Legenden der Mi'gmaq dazwischen. Mal erfährt man, wie die Biber ihre heutige Grösse erlangten, mal erzählt der Autor von der Geschicklichkeit der Mi'gmaq-Kinder auf ihrer nächtlichen Gänsejagd.

Wichtig ist Plamondon, das Machtgefälle aufzuzeigen zwischen Behörden, Gesellschaft und Medien einerseits und den indigenen «First Nations» andererseits. Warum entzieht die Regierung den Mi'gmaq die Fangrechte, vergibt aber grosszügig Lizenzen an reiche Amerikaner*innen aus New York oder Boston, die dann mit ihren Zwanzigpfündern prahlen? Warum erinnern sich fast alle Kanadier*innen an Céline Dions ersten TV-Auftritt im Juni 1981, aber kaum jemand an den gleichzeitig stattfindenden «Lachskrieg», der in Wirklichkeit ein Machtkampf zwischen Zentralregierung und separatistischen Québecois auf dem Buckel der Mi'gmaq war?

Plamondon nimmt im Roman klar Stellung zugunsten der Mi'gmaq, ihrer Rechte und ihrer Würde. Manchmal etwas zu klar. Weniger Exkurse und eine feinere Charakterisierung der Protagonist*innen hätten das Hineintauchen in die Geschichte, die erst in der zweiten Hälfte Fahrt aufnimmt, erleichtert. Trotzdem bleibt «Taqawan» ein spannendes, sprachlich präzises und interessantes Buch, das viel über ein oft vernachlässigtes Volk erzählt und einen anderen Blick auf das Reisetraumziel Kanada wirft. |



Éric Plamondon
«Taqawan»
Lenos-Verlag 2020
208 Seiten

Europas Evangelium

Ein biblisches Unternehmen: Regisseur Milo Rau hat eine neue, äusserst zeitgemässe Version der Passionsgeschichte gedreht – mit Geflüchteten und illegalisierten Arbeiter*innen der italienischen Agrarindustrie. Von Jürgen Kiontke

© Fruitmarket / Langfilm / IIPM / Armin Smailovic

Gedreht wurde in Matera, Schauplatz mehrerer Bibelfilme.

Jesus ist Schwarz, er ist Feldarbeiter und hat keine Papiere: Für seinen neuen spektakulären Film nimmt sich Milo Rau die Situation afrikanischer Migrant*innen in Italien vor. Und wie es die Arbeitsweise des Schweizer Theater- und Filmregisseurs ist, bezieht er die Situation und die Menschen vor Ort ein. Spielort ist die süditalienische Stadt Matera – hier drehten schon Pier Paolo Pasolini und Mel Gibson ihre Bibelfilme, zum Teil stehen sogar noch die Kulissen. Rau bringt das Genre auf den zeitgemässen Stand und fragt: Was würde Jesus heute predigen?

Die Antwort: Jesus wäre ein Menschenrechtsaktivist und würde gerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Gestrandeten der europäischen Flüchtlingspolitik fordern, die offiziell zwar abgewehrt, aber als illegalisierte Arbeitskräfte auf den Feldern der Agrarindustrie gern genommen werden.

Gemeinsam mit dem Aktivisten Yvan Sagnet, der Jesus spielt und früher selbst auf den Tomatenfeldern geschuftet hat, besucht Rau die aus Brettern und Karton zusammengezimmerten Unterkünfte der Arbeiter*innen, filmt an den Orten der Prostitution, in die afrikanische Frauen gezwungen werden, und lässt alle Beteiligten ausführlich zu Wort kommen.

Im Film inszenieren Raus Protagonist*innen ein Passionsspiel und interpretieren ihre Lage als biblisches Schicksal, das aber alles andere als unveränderbar ist. Dieser Film im Film ist Kunstaktion und Passion gleichermassen – und vor allem: ein mitreissendes politisches Manifest.

Ein Meilenstein | Milo Rau schafft eine Synthese aus der Kritik an einer Weltordnung mit Europa als Zentrum und den Lebenswegen von Menschen, die von diesen Zuständen betroffen sind. Auch künstlerisch ist sein Film ein Meilenstein, er schliesst an die Bildsprache Pier Paolo Pasolinis und anderer Filmschaffender an, die sich mit der Passionsgeschichte auseinandergesetzt haben. Matera, der Schauplatz und Drehort des Passionsfilms, war 2019 Kulturhauptstadt Europas. Milo Rau hat der Stadt ein Denkmal gesetzt – allerdings anders, als man es sich dort wohl vorstellte. Er gibt den sozial Benachteiligten eine Stimme, denen, die auf dem Boden schlafen müssen, während um sie herum die europäischen Tomatenplantagen blühen, den Ausgegrenzten in den ärmlichen und offiziell gar nicht existierenden Lagern. «Wo könnten die Widersprüche des modernen Europa sichtbarer sein als hier, und was wäre sinnvoller, als in dieser so unglaublich schönen wie armen Region einen politischen Jesus-Film zu drehen, in dem biblische Erzählung und echte Revolte ineinanderfliessen?», fragt Rau. |

Das neue Evangelium.
Von Milo Rau.
Schweiz, Deutschland 2020.
107 Min.
Ab 1. April zu sehen auf dasneueevangelium-film.ch und falls möglich im Kino.

VON MENSCH ZU MENSCH

© André Gottschalk

Petra Volpe ist Drehbuchautorin und Regisseurin («Die göttliche Ordnung», «Frieden», «Traumland»).

Neulich bin ich beim Scrollen auf Twitter auf einen Beitrag mit folgender Aussage gestossen: Die Pandemie sei im Grunde eine gute Sache, es erwische die Alten, Dicken und Kranken, und vielleicht brauche die Erde ja mal eine solche Bereinigung. Sinngemäss hiess das also, man solle nicht so ein Aufhebens davon machen und bloss keinen Lockdown mehr, denn der sei schlecht für die Wirtschaft.

Ich musste an meine Eltern denken. Sie fallen genau in diese Kategorie. Sie sind zu rund, sie sind über 65 und sie haben beide Vorerkrankungen. Seit sechs Jahren sind sie pensioniert. Sie haben beide 45 Jahre lang gearbeitet, mein Vater in den verschiedensten Fabriken, wo Dinge hergestellt werden, über die man nie nachdenkt, von denen man sich nie fragt: Wer hat das eigentlich gemacht? Zum Beispiel Überfüllventile für Öltanks oder Fertigravioli. Meine Mutter war Arztsekretärin, auch so ein Beruf, den man kaum wahrnimmt. Es ist einfach praktisch, dass Menschen diese Berufe ausüben und unser Leben angenehmer machen, ohne dass wir es merken. Meine Eltern haben ihre Steuern immer zeitig bezahlt. Sie haben sich in ihrer Gemeinde engagiert und haben nie Ärger gemacht. Sie geniessen es beide sehr, nach den vielen Jahren der Arbeit frei zu sein und nichts mehr zu müssen. Meine Mutter liest gerne. Mein Vater, der Italiener ist, kocht mit Leidenschaft, zum Beispiel selbst gemachte Gnocchi nach dem Rezept von meiner Nonna, oder Ravioli. Beide träumen davon, in den nächsten Jahren noch ein paar Reisen zu machen. Am liebsten nehmen sie teil an organisierten Carfahrten nach Italien, Norddeutschland oder auch mal nach Skandinavien. Sie sind grosszügig, gesellig und lustig. Mein Vater hat neulich gesagt, es stimme ihn traurig, dass sie durch Corona so viel Lebenszeit verlören. Wir Jungen hätten ja noch viel Zeit, aber in ihrem Alter würden die Tage immer kostbarer. Es sind keine grossen Ansprüche, die meine Eltern haben. Sie wünschen sich im Grunde einfach, noch eine Zeit lang zu leben.

MEINE ELTERN HABEN SICH IN IHRER GEMEINDE ENGAGIERT UND NIE ÄRGER GEMACHT.

Aber der Mensch, der den Tweet geschrieben hat, und die vielen anderen, die trotz Pandemie auf nichts verzichten wollen, nicht einmal für eine überschaubare Zeit – die finden, meine Eltern könnten ruhig ins Gras beissen. Für die Wirtschaft. Ich stelle mir vor, wie mein Vater für diese Person Gnocchi kocht und wie sie meinem Vater gegenübersitzt und ihm in die Augen schaut, von Mensch zu Mensch. I

FREIHEIT IST DER WERT, DER BLEIBT

Was Ihnen heute wichtig ist, soll morgen nicht vergessen werden.

Mit einem Legat oder einer Erbschaft setzen Sie ein Zeichen der Hoffnung für all jene Menschen, die unsere Unterstützung brauchen.

Gerne berate ich Sie persönlich, vertraulich und kostenfrei. Sie erreichen mich unter 031 307 22 69 oder per E-Mail an cvongunten@amnesty.ch.

Oder bestellen Sie mit dem Talon unseren neuen Nachlassratgeber. Senden Sie den Talon in einem Couvert per Post an:
Amnesty International, Legate & Erbschaften
Speichergasse 33, Postfach, 3001 Bern

Unter **amnesty.ch/legate** können Sie den Testamentsratgeber auch als PDF herunterladen.

Ihre Chantal von Gunten Graf

Bitte senden Sie mir den kostenlosen Ratgeber «In die Menschenrechte investieren».

Vorname

Name

Strasse

PLZ/Ort

Name

Datum Unterschrift

Heute in die Menschenrechte zu investieren, heisst, für eine gerechtere Welt in der Zukunft zu sorgen.

AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . contact@amnesty.ch
PC: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8
www.amnesty.ch

© First Hand Films

2021: DAS JAHR DER FRAUENRECHTE

50 Jahre Frauenstimmrecht, Abstimmung über die Anti-Burka-Initiative, Revision des Sexualstrafrechts, zweiter Jahrestag des Frauenstreiks, Frauensession im Bundesparlament… 2021 ist für die Schweiz und Amnesty International definitiv das Jahr der Frauen!

«Das 21. Jahrhundert muss das Jahrhundert der Gleichberechtigung von Frauen sein», sagte Uno-Generalsekretär António Guterres zum Weltfrauentag 2020. In der Schweiz ist bereits 2021 ein Jahr im Zeichen der Frauenrechte: Es begann mit dem Jubiläum der Einführung des Frauenstimmrechts am 7. Februar 1971.

FILMISCHE ERINNERUNGEN Stéphane Goëls Dokumentarfilm «Von der Küche ins Parlament» erzählt mit Humor vom steinigen Weg, den vier Generationen von Politikerinnen und Aktivistinnen zurücklegen mussten, um die männliche Wählerschaft davon zu überzeugen, Frauen endlich das Recht auf politische Mitbestimmung zu gewähren. Als Partnerin des Films wird Amnesty International bei den Vorpremieren in mehreren Schweizer Städten dabei sein, voraussichtlich um den 14. Juni (genaue Daten werden noch bekannt gegeben).

Mit «Burning Memories» kommt ein ebenso eindrücklicher Dokumentarfilm von Alice Schmid in die Kinos. Er startet voraussichtlich bereits im März. Die Regisseurin arbeitet in dem Film ihre eigene Geschichte auf: Als 70-Jährige erinnert sie sich nach Dekaden der Verdrängung daran, dass ihr Schwimmlehrer sie in ihrer Jugend vergewaltigt hat. (Mehr dazu im Interview mit Alice Schmid auf S. 32.)

APPELL WEITER TRAGEN Wie kann das Strafgesetz Opfern von nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen besser gerecht werden? Das ist die entscheidende Frage, um die sich die Vernehmlassung dreht, die im Februar begann. Sie wird auch in der zweiten Jahreshälfte in der parlamentarischen Debatte eine wichtige Rolle spielen. Im Zuge der im Mai 2019 gestarteten Kampagne gegen sexuelle Gewalt wird sich Amnesty dafür einsetzen, dass im Schweizer

Strafgesetzbuch endlich jede sexuelle Handlung, die ohne Zustimmung einer Person stattgefunden hat, als Vergewaltigung anerkannt wird.

Das Engagement unserer Aktivist*innen im Verlauf dieses Jahres wird entscheidend sein. Ausserdem setzen wir auf die Unterstützung unserer Forderungen durch die über 70 Organisationen und 190 Persönlichkeiten, die unseren «Appell für ein zeitgemässes Sexualstrafrecht» unterschrieben haben. So können wir gemeinsam das Schweizer Parlament davon überzeugen, endlich dem Beispiel von zwölf europäischen Ländern zu folgen. Diese anerkennen bereits, was in der Istanbul-Konvention festgehalten ist: Die fehlende Zustimmung des Opfers und nicht die Ausübung von Zwang ist das zentrale Element, wenn es darum geht, einen Geschlechtsverkehr als Vergewaltigung anzuerkennen.

Gerne laden wir Sie zu einer Aktion am 8. März ein, zum Internationalen Tag der Frauenrechte: Unterstützen Sie uns dabei, unsere Botschaft an die Schweizer Gesetzgeber*innen sichtbar zu machen: «Nur ein Ja ist ein Ja. Sex ohne Zustimmung ist Vergewaltigung.» Sei es als Projektion auf ein Gebäude, mit Kreide auf den Boden geschrieben, auf Ihren Körper gemalt oder als Schild bei Ihnen zu Hause. Teilen Sie die Fotos Ihrer Aktion in den sozialen Medien mit den Hashtags #LetsTalkAboutYes und #StoppSexuelleGewalt.

Machen wir das Jahr 2021 zu einem entscheidenden Jahr für die Frauenrechte! Aktionsmöglichkeiten finden Sie unter extranet.amnesty.ch/frauenrechte.

Cyrielle Huguenot

7. MÄRZ: NEIN ZUR INITIATIVE FÜR EIN VERHÜLLUNGSVERBOT

Das Egerkinger Komitee legt der Schweizer Stimmbevölkerung einmal mehr eine Initiative vor, die die Menschenrechte verletzt. Amnesty International lehnt die Vorlage klar ab. Die Abstimmungskampagne stigmatisiert die muslimische Minderheit in der Schweiz und schürt islamfeindliche Tendenzen. Anstatt vollverschleierte Frauen in ihrem Streben nach Emanzipation zu unterstützen, diskriminiert und marginalisiert die Initiative diese Frauen. Wir laden Sie ein, uns in den sozialen Netzwerken zu folgen und unsere Argumente zu verbreiten. Falls Sie es nicht bereits getan haben: Stimmen Sie am 7. März Nein zu dieser diskriminierenden Initiative! Unsere Argumente finden Sie auf amnesty.ch/burka-initiative.

EIN GROSSES DANKESCHÖN

Eine Mehrheit der Stimmbevölkerung sagte am 29. November 2020 Ja zur Konzernverantwortungsinitiative, doch das Ständemehr wurde leider verfehlt. Für den enormen Einsatz für diese Abstimmungskampagne danken wir allen Aktivist*innen ganz herzlich. Wir nehmen nun die Konzerne beim Wort, die betont haben, sie würden Menschenrechte und Umwelt achten.

© zvg

© Alli Jarrar/Amnesty International

GUANTÁNAMO
DEN ALBTRAUM BEENDEN

Seit 19 Jahren besteht das Gefangenenlager Guantánamo. Appellieren Sie an US-Präsident Biden, das Lager endlich zu schliessen.

Im Januar 2002 haben die USA auf dem Militärstützpunkt Guantánamo Bay ein Gefangenenlager eingerichtet. Noch immer werden dort 40 Menschen festgehalten. Keiner der Inhaftierten hat ein faires Verfahren erhalten, viele wurden mit dem Segen der US-Regierung gefoltert.

Obwohl fünf der Gefangenen längst für eine Überstellung aufs Festland oder in andere Länder freigegeben wurden, sitzen sie weiterhin in Guantánamo ein. So zum Beispiel Toffiq al-Bihani: Der jemenitische Staatsbürger wurde 2002 in einer CIA-Einrichtung festgehalten und gefoltert, 2003 brachte man ihn nach Guantánamo. Bis heute gab es weder eine Anklage noch ein Verfahren gegen ihn. Seit 2010 wartet er auf seinen Transfer aus Guantánamo heraus.

Amnesty International fordert, dass die Inhaftierten entweder freigelassen werden, wenn nichts gegen sie vorliegt, oder dass sie einen fairen Prozess erhalten.

Unter Präsident Biden können die USA einen neuen Anlauf nehmen, um endlich für Gerechtigkeit zu sorgen.

Carole Scheidegger

NEIN ZUM WILLKÜR-GESETZ!

Elektronische Fussfesseln für 12-jährige Kinder? Hausarrest für 15-Jährige? Zwangsmassnahmen gegen Personen, nur weil die Polizei annimmt, diese könnten in der Zukunft gefährlich werden? Genau das sieht in der Schweiz das neue Polizeigesetz gegen Terrorismus (PMT) vor, das im September 2020 vom Parlament verabschiedet wurde. Amnesty International hat dieses Willkür-Gesetz scharf bekämpft und konnte viel Unterstützung gewinnen: Menschenrechtsexpert*innen der Uno, des Europarats und über 60 Rechtsprofessor*innen in der Schweiz. Diverse Jungparteien und Organisationen haben 140000 Unterschriften (!) für das Referendum gesammelt, deshalb können die Stimmberechtigten voraussichtlich am 13. Juni darüber abstimmen. Amnesty sagt Nein zum Willkür-Gesetz!

Mehr Infos: amnesty.ch/polizeigesetz

PETITION

HAFTANSTALT GUANTÁNAMO SCHLIESSEN

An US-Präsident Joe Biden

Im Gefangenenlager auf dem US-Militärstützpunkt Guantánamo Bay werden 19 Jahre nach der Eröffnung noch immer 40 Männer festgehalten – viele von ihnen ohne Anklage und ohne faires Verfahren. Die Inhaftierten waren und sind dort gravierenden Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.

Ich fordere Sie dazu auf,

- **die Haftanstalt Guantánamo endgültig zu schliessen;**
- **alle zum Transfer freigegebenen Inhaftierten in ein Land zu überweisen, wo ihre Menschenrechte respektiert werden.**

	Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				

AMNESTY INTERNATIONAL

Bitte senden Sie das ausgefüllte Formular bis spätestens am 30. Mai 2021 an: Amnesty International, Schweizer Sektion, Postfach, 3001 Bern.

© Karen Veldkamp

SETZEN SIE SICH MIT AMNESTY FÜR DIE MENSCHENRECHTE EIN

AKTIV IN EINER GRUPPE

Überall in der Schweiz setzen sich Menschen mit Amnesty International ein. Auch in Ihrer Region. Weitere Informationen finden Sie auf www.amnesty.ch/mitmachen.

BEI AMNESTY YOUTH

AMNESTY YOUTH ist ein Netzwerk von jungen Menschen, die sich in der Schweiz für eine bessere Welt einsetzen.
Mehr Infos: www.amnestyyouth.ch

MIT EINER SPENDE

Ihre finanzielle Unterstützung, sei es eine einmalige oder eine regelmässige Spende, bringt die Menschenrechte voran. Sie finden einen Einzahlungsschein in der Beilage.

ONLINE

Unter www.amnesty.ch/action finden Sie aktuelle Informationen zu unseren Aktivitäten und diverse Möglichkeiten, sich mit uns zu engagieren.

BESTELLEN SIE KOSTENLOS DEN E-NEWSLETTER AUF WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER

ZEWO ZERTIFIZIERT CERTIFIÉ CERTIFICATO

AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33
contact@amnesty.ch . www.amnesty.ch
PC: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8